

Substanzielles Protokoll 82. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 13. Dezember 2019, 17.00 Uhr bis 19.29 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Heinz Schatt (SVP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Elena Marti (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Philippe Wenger

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Michael Kraft (SP), Christina Schiller (AL), Johann Widmer (SVP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|-----------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 8. | <u>2019/388</u> | Weisung vom 18.09.2019:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2020 (Detailbudgets und
Produktgruppen-Globalbudgets) | FV |
| 9. | <u>2019/337</u> | E/A Postulat von Dr. Mathias Egloff (SP), Michael Kraft (SP) und
9 Mitunterzeichnenden vom 10.07.2019:
Installation von Photovoltaik- oder Solarthermieranlagen über
den Klärbecken der ARA Werdhölzli | VTE |
| 11. | <u>2019/441</u> | E/A Postulat von Dr. Mathias Egloff (SP), Guido Hüni (GLP) und
12 Mitunterzeichnenden vom 23.10.2019:
Realisierung einer Pilotanlage für ein Auffangen des bei der
Biogasproduktion anfallenden reinen CO ₂ und für die Verwen-
dung im Sinne der Substituierung von Treibhausgasen | VTE |
| 13. | <u>2019/510</u> | E Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP)
und 6 Mitunterzeichnenden vom 27.11.2019:
Einsätze von Betreuungspersonen als Klassenassistenten bei
geringerer Auslastung | VSS |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Persönliche Erklärung:

Roger Tognella (FDP) hält eine persönliche Erklärung zum Produktgruppen-Globalbudget von Grün Stadt Zürich.

Geschäfte

2020. 2019/388

Weisung vom 18.09.2019:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2020 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 81, Beschluss-Nr. 2020/2019).

Beschlüsse:

Gemeinsame Behandlung der Anträge 076. und 077. (Postulat GR Nr. 2019/337).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Mathias Egloff (SP) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1527/2019): Wir möchten über dem Klärbecken des Werdhölzli eine Fotovoltaik- oder Solarthermieanlage installieren lassen. Es soll auch geprüft werden, ob die Verwendung faltbarer Sonnenkollektoren sinnvoll wäre. Falls lohnend, sollte die daraus gewonnene Energie in der Fernwärme Zürich oder in der Nähe – zum Beispiel im Gärwerk – verbraucht werden. Die Idee wurde bereits in Chur realisiert. Dort geschieht das Zusammenfallen vor allem wegen des Schnee- und Hagelfalls. Bei uns ist das eher eine Verdichtungsgeschichte: Wo möglich, sollten Flächen für mehr als einen Zweck genutzt werden, denn Platz ist unser rarstes Gut. Im Werdhölzli plant die Stadt bereits einen substanziellen Ausbau der Fotovoltaik, die neuen Anlagen könnten dazu also direkt auf dem Gelände etwas beisteuern. Der bakterielle Abbau der Fäkalien wird dadurch nicht beeinträchtigt. In Zukunft wird der Klärschlamm dort getrocknet und verbrannt, um Fernwärme zu produzieren. Die in Chur gemachten Erfahrungen sollten ausgewertet und weiterentwickelt werden.

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den Antrag der Minderheit und den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. August 2019 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat: Schon im letzten Budget haben wir den namhaften Betrag von anderthalb Millionen Franken eingestellt, um genau die Fragen in einem Pilotprojekt im Werdhölzli zu klären, die man nun anhand dieses Projekts klären möchte. Weil dieses Pilotprojekt also schon läuft, ist dieser Budgetantrag hinfällig. Das Postulat ist völlig verfrüht, denn solange die Pilotanlage noch nicht gebaut wurde, können wir noch gar nicht sagen, wie

sie sich auswirken wird. Die SVP hat den Ablehnungsantrag dazu bereits gestellt. Weiter wird Fotovoltaik und Solarthermie vermischt und es ist darum nicht klar, was eigentlich genau gefordert wird.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Wir werden bei den beiden Budgetanträgen nein stimmen und den Postulaten zustimmen. Mir ist schleierhaft, wie der vorliegende Budgetantrag zum Postulat gehören soll, denn es handelt sich hier um ein grösseres Projekt, das zu einer Weisung führen wird. Es würden nächstes Jahr 200 000 Franken im Konto ERZ verbraten für die Umsetzung dessen, das uns noch als Weisung vorgelegt werden wird. Es ist eine Unsitte, durch das Erfinden von Ausgaben Postulate während der Budgetdebatte vorzubringen. Das wertet gute Postulate ab.

Roger Tognella (FDP): Wir wechseln von der Enthaltung beim Antrag 066. in die Minderheit und teilen die Argumentation von Walter Angst (AL).

Florian Utz (SP): Inhaltlich schliesse ich mich Dr. Mathias Egloff (SP) an. Formell hat Walter Angst (AL) recht, dass noch eine Weisung zum Projekt kommen wird. Möglicherweise wird es sogar zu einer Volksabstimmung führen. Damit eine Weisung vorgelegt werden kann, muss erst ein Projekt aufgelegt werden. Dafür braucht es Planungsgelder und bei diesen 200 000 Franken handelt es sich um genau diese Gelder. Das ist eine gute Sache und darum danken wir Ihnen für die Unterstützung.

Guido Hüni (GLP): Wir sind über das Vorgehen, ein Geschäft einzustellen, über das noch gar nicht verhandelt wurde, auch nicht ganz glücklich. Trotzdem ist es logisch, einen Projektierungskredit einzustellen. Nun muss man sich die Frage stellen, ob man aus diesen formalen Gründen nein sagen will zum Ganzen. Bei dieser Abwägung hat bei uns klar die Überzeugung gewonnen, dass wir das unterstützen möchten. Wir möchten aber auch zum Masshalten aufrufen. Das Projekt ist interessant, aber auch teuer – mindestens um den Faktor 2,5 zu Solaranlagen an anderen Standorten. Und wir sollten zuerst alle anderen Standorte in dieser Stadt bedecken.

S. 248 35
3535
500002 /
5040 00 000

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abwasser
Umbau von Liegenschaften: Sammelkonto /
Hochbauten

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
076.	Antrag Stadtrat			850 000	Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP)
			200 000	1 050 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP)
					Enthaltung	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
					Abwesend	Alan David Sangines (SP)
		Begründung: Projektierung einer Photovoltaik- oder Solarthermieranlage über den Klärbecken der ARA Werdhölzli				

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 75 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2032. 2019/337

Postulat von Dr. Mathias Egloff (SP), Michael Kraft (SP) und 9 Mitunterzeichnenden vom 10.07.2019:

Installation von Photovoltaik- oder Solarthermieranlagen über den Klärbecken der ARA Werdhölzli

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Mathias Egloff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1527/2019).

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. August 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/388, Beschluss-Nr. 2020/2019, Antrag Nr. 076.

Das Postulat wird mit 101 gegen 13 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Gemeinsame Behandlung der Anträge 078. und 079. (Postulat GR Nr. 2019/441).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Dr. Mathias Egloff (SP) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1790/2019): Hier geht es wieder um ein Pilotprojekt. Wir möchten auch dafür Geld einstellen, um dies auszuprobieren. Einerseits geht es um eine neue Technologie, mit der wir noch keine Erfahrungen haben, andererseits bietet es sich auch grundsätzlich an. Ich versuche das etwas szenisch darzustellen: An einem Dienstagabend um 22.15 Uhr lief ich durch die Gänge in unserem Institut für chemische und biochemische Ingenieurwissenschaften. Ich traf einen jungen Doktoranden, der ein Startup gründete, mit dem er Methan und CO₂ mittels einer Membran trennen kann. Offenbar beziehen die Bakterien im Gärwerk über 40 Prozent der enthaltenen Energie und mit seiner Methode wird CO₂ in Reinform gewonnen, das bis anhin direkt in die Luft abgelassen wird. Nun soll ein Pilotprojekt eine Technologie testen, die dieses CO₂ sammeln und einer Verwertung zuführen soll. In einem ersten Schritt ist es noch relativ egal, was damit geschieht. Das Klärwerk würde am liebsten Methan daraus machen, um die Gesamtausbeute – nicht den Gesamtwirkungsgrad – aus der Grünmasse zu erhöhen, um auf diese Art mehr Gas ins Leitungsnetz einspeisen zu können. Wir bevorzugen die Herstellung von Ethanol, denn diesen kann man in vielen Zusammenhängen verwenden: Etwa als Grundstoff für Plastik in der chemischen Industrie, in einer Brennstoffzelle oder als Ersatz für Diesel oder Kerosin. Das CO₂ könnte man mit der Fotovoltaik im Klärwerk zu Ethanol aufbereiten.

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den Antrag der Minderheit und den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 20. November 2019 gestellten Ablehnungsantrag zum Postulat: Bei diesem Projekt geht es nicht nur um die eingestellten

100 000 Franken. Bei solchen neuartigen Technologien in Pilotanlagen geht es um sehr viel mehr Geld. Die formalen Bedenken der AL und der FDP hatten wir schon in den vorhergehenden Vorstössen gehört, diese gelten auch hier. Für die SVP ist klar, dass wir – der Gemeinderat – mit unserer Unterstützung ein Pilotprojekt verabschiedet haben, das eine Abscheidungsanlage im Hagenholz bauen lässt. Auch dort soll das CO₂ abgeschieden werden. Es geht hier also um eine Co-Pilotanlage zu jener im Hagenholz, zu der wir erst noch Erfahrungen sammeln möchten und noch gar nicht wissen, wie viel CO₂ abgeschieden werden kann, wie es verwertet, zu welchen weiteren Stoffen es verarbeitet werden soll, wie es mit der Wirtschaftlichkeit aussieht und ob noch weitere Technologien hinzu kommen. Wegen all dieser Fragen macht man normalerweise nur ein Pilotprojekt und nicht 25 und wirft das Geld zum Fenster raus. Die SVP lehnt somit auch das folgende Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Roger Tognella (FDP): Die Argumente der Antragstellenden beziehungsweise Postulanten sind nicht besser geworden. Die eingestellten 100 000 Franken reichen niemals für ein anständiges Projekt, ja noch nicht einmal für eine Vorstudie. Wir haben es gehört: Wir führen diese Versuche in anderen Projekten durch. Dieser Budgetantrag ist ein Placebo für die Tribüne. Wichtiger ist das Postulat. Es ist tatsächlich so, dass der Stadtrat dies prüfen sollte und allenfalls eine sauber ausgearbeitete Vorlage bringen soll, die aufzeigt, in welchen Schritten sinnvollerweise vorgegangen werden sollte. Ich möchte daran erinnern, dass wir hier strategische Entscheide fällen und nicht irgendwelches Geld einstellen, das dem Stadtrat nichts bringt. Darum werden wir beim Antrag in die Minderheit gehen und dem Postulat zustimmen.

Dr. Mathias Egloff (SP): Der strategische Entscheid wurde in der Klimadebatte gefällt: Wir wollen auf verschiedenen Wegen zum CO₂-Reduktionsziel beitragen. Einer der wichtigsten und vielleicht auch schwierigsten Wege ist CO₂-Capture. In einem Szenario des Weltklimarats müssen wir auf teure Technologien setzen wie CO₂-Capture, weil es uns nicht gelingen wird, das CO₂ einzusparen. Auch in diesem Fall müssen wir so früh wie möglich damit beginnen. Mir ist klar, dass die 100 000 Franken vielleicht etwas beliebig sind. Damit soll begonnen und überlegt werden, was man genau braucht.

Walter Angst (AL): Dr. Mathias Egloff (SP): Du machst das indem du Daniel Aebli und STR Richard Wolff den Auftrag gibst, für 100 000 Franken Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeug oder Mobilien anzuschaffen.

Florian Utz (SP): Ich nehme gerne Stellung zum Betrag. Dieser ergibt sich aus den Antworten des Stadtrats. Auch hier haben wir ihn gefragt: Wenn man nach der Überweisung des Postulats – wonach es im Moment aussieht – sofort beginnen möchte, wie viel Geld braucht ihr auf welchem Konto? Wir haben genau den Betrag und das Konto genommen, das uns das Tiefbaudepartement mitgeteilt hat. Wir haben keine Zweifel, dass diese Antwort korrekt ist. Sollte sie falsch sein, würden wir natürlich einer Kreditübertragung zustimmen.

S. 253 35
3550
500011 /
5060 00 000

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Abfall
Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge /
Mobilien

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
078. Antrag Stadtrat			815 000 Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Walter Angst (AL), Susanne Brunner (SVP)

100 000	915 000	Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP)
		Enthaltung	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
		Abwesend	Alan David Sangines (SP)
Begründung: Projektierung einer Pilotanlage für ein Auffangen des CO ₂ bei der Biogas- produktion			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 74 gegen 47 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2033. 2019/441

Postulat von Dr. Mathias Egloff (SP), Guido Hüni (GLP) und 12 Mitunterzeichnenden vom 23.10.2019:

Realisierung einer Pilotanlage für ein Auffangen des bei der Biogasproduktion anfallenden reinen CO₂ und für Verwendung im Sinne der Substituierung von Treibhausgasen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Dr. Mathias Egloff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1790/2019).

Dubravko Sinovcic (SVP) begründet den von Stephan Iten (SVP) namens der SVP-Fraktion am 20. November 2019 gestellten Ablehnungsantrag.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/388, Beschluss-Nr. 202/2019, Antrag Nr. 078.

Das Postulat wird mit 104 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 080.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Sebastian Vogel (FDP): *Es ist nachvollziehbar, dass der Unterhalt und die Anpassung von Liegenschaften etwas kosten – gerne auch etwas mehr, wenn es dafür nachhaltiger ausgeführt wird. Dass man für Erneuerungen und Anpassungen vorgängig ein Konzept entwickelt, ist klug und trägt zur Nachhaltigkeit bei. Durch punktuellen Nachfragen haben wir trotzdem herausgefunden, dass ein Sparpotenzial von 100 000 Franken drin liegen muss und das Budget von 2 450 000 Franken zu grosszügig ist. Mit ein wenig mehr Eigenleistung – und man will ja zusätzliches Personal einstellen – würde diese Kürzung niemanden schmerzen.*

Dorothea Frei (SP): Wir lehnen die Kürzung ab. Zum Juchhof besteht ein Landwirtschafts- und ein Umsetzungskonzept und diese sollen entsprechend umgesetzt werden. Persönlich finde ich es allerdings schade, dass es auf dem Juchhof künftig keine Rindviecher mehr haben wird.

S. 268 **35** **TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT**
 3570 **Grün Stadt Zürich**
 55037000 / **Erneuerungsunterhalt der Liegenschaften: Sammelkonto /**
 5040 00 000 **Hochbauten**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
080.	Antrag Stadtrat			2 450 000 Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		100 000		2 350 000 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Gutsbetrieb Juchhof: Verzicht auf den halben Betrag zur Umsetzung des Landwirtschaftskonzepts, weil auf dem Juchhof schon seit Jahrzehnten Landwirtschaft betrieben wird			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 84 gegen 37 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 081.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Tognella (FDP): Ich entschuldige mich, dass wir zum zweiten Mal über die Randregion Schwamendingen sprechen werden. Es ist eine wichtige Randregion mit wichtigen Grünflächen. Eine dieser Flächen ist der Huebhof. In diesem Antrag steckt auch der Landwirtschaftsbetrieb Adlisberghof. Dass dieser instand gestellt werden muss, stellt niemand in Abrede. Vor weniger als einem Monat hatten wir eine Quartierkonferenz unter Führung des Quartiervereins Schwamendingen, an dem wir Themen wie das Landwirtschaftskonzept angeschaut haben, das irgendwie vorliegt, aber eben doch auch nicht vorliegt. Zumindest habe ich es noch nicht gesehen – auch nicht zu anderen Höfen. Grün Stadt Zürich hielt dort einen Vortrag dazu, wie man sich die Entwicklung des Adlisbergs, des Huebhof und am Rande des Juchhofs vorstellt. Es wurde klar, dass man noch nicht weiss, was man mit dem Huebhof machen möchte und dies auch beim Juchhof noch nicht ganz klar ist. Beim Adlisberghof ist das ebenfalls noch offen und es geht vor allem darum, welche Flächen man in welchen Quartieren bewirtschaften möchte. Zum Budget wurden verschiedene Nachfragen gestellt und wir erhielten Antworten dazu, was man allenfalls auch nicht realisieren müsste. In der letzten Antwort stand: Bei dem im Budget 2020 eingestellten Betrag von 200 000 Franken handelt es sich um Wettbewerbs- und Projektierungskosten. Das sind Wettbewerbs- und Projektierungskosten zu Dingen, bei denen man uns noch vor einem Monat erklärt hatte, man sei noch völlig ergebnisoffen und das Quartier solle mitteilen, wie es sich die weitere Entwicklung vorstelle. Interessanterweise hat Dorothea Frei (SP) insistiert, man wolle das Konzept sehen – das wir auf Anfrage nicht zu sehen gekriegt haben – und darauf stellt sich die Frage, wie man damit umgeht. Auf mehrere

Nachfragen hin kam dann heraus, dass man für eine Machbarkeitsstudie 50 000 Franken braucht. Diese 50 000 Franken für die Machbarkeit geben wir gerne und insofern ändern wir unseren Antrag von einer Verbesserung von 200 000 Franken auf eine von 150 000 Franken und würden Sie bitten, diesem Antrag zuzustimmen.

Walter Angst (AL): *Es gibt drei Landwirtschaftsbetriebe bei Grün Stadt Zürich: Der Huebhof und der Gfellerhof bei Schwamendingen und der Adlisberghof beim Dolder. Das Konzept – das uns zugestellt wurde – sieht vor, dass die Flächen in Richtung Witikon vom Adlisberghof betrieben werden. Nun wurde Geld eingestellt, um mit der Herrichtung des Adlisberghofs für diese Bewirtschaftung zu beginnen. Nun tritt Schwamendingen auf die Bühne und möchte auf dem Huebhof – dessen Pächter pensioniert wird – einen Quartierhof erstellen, mit Ziegen und anderen Tieren, auf jeden Fall nichts, das die Bewirtschaftung auf dem Adlisberghof tangiert. Nun fordert Roger Tognella (FDP) in einer argumentativen Volte, dass der Adlisberghof für 50 000 Franken die Planung für den Quartierhof in Schwamendingen macht. Ihr müsst nicht den Bau des Adlisberghofs verhindern, um euren Quartierhof zu ermöglichen.*

Weitere Wortmeldungen:

Dorothea Frei (SP): *Die SP hat die Position gewechselt und unterstützt die Verbesserung des Antrags um 150 000 Franken. Es ist komplizierter: Im Augenblick funktionieren der Huebhof und der Gfellerhof in Schwamendingen. Diese bewirtschaften das gesamte Land des Adlisbergs, weil der Adlisberghof inaktiv ist, da dessen Pächter bereits pensioniert wurde. Es ist schon richtig, dass der Adlisberghof wieder aktiviert werden soll, das Problem aus meiner Sicht ist, dass man dort einen Hof mit 95 Hektaren plant. Dafür richtet man einen Wettbewerb aus und tut dies garantiert nicht für die Sanierung eines Wohnhauses, sondern will dort heftig Wirtschaftsgebäude aufstellen, die es ehrlicherweise auch braucht. Aber das wird bei 95 Hektaren gross ausfallen. Aus städtebaulicher Sicht bin ich nicht sicher, ob ihr der Meinung seid, auf dem Adlisberg brauche es einen so riesigen Bauernhof. Das andere an dieser Geschichte ist: Es stimmt, dass der Pächter des Huebhofs pensioniert wird, aber der Hof gehört der Stadt Zürich und funktioniert mit den schottischen Hochlandrindern gut. Dass dieser nun einfach geschlossen werden soll, leuchtet mir nicht ein. Diese beiden Geschäfte haben also durchaus einen Zusammenhang und deswegen soll die Machbarkeitsstudie zumindest der Kommission vorgelegt werden. Man sollte erst eine Diskussion ermöglichen, bevor man mit der Projektierung und dem Wettbewerb Fakten schafft, zu denen der Gemeinderat dann nichts mehr sagen kann.*

Felix Moser (Grüne): *Das Konzept ist in der zuständigen Spezialkommission vorgelegt worden, weshalb uns Markus Kunz (Grüne) davon berichten konnte. Beim Antrag 080. sagte Dorothea Frei (SP), man solle das Konzept umsetzen und mich erstaunt darum, dass das hier nicht mehr so gilt. Die Grünen sind mehrheitlich der Meinung, man solle das Konzept auch hier umsetzen. Wir konnten uns aber nicht ganz einigen und es wird darum einige geben, die der Argumentation von Dorothea Frei (SP) folgen werden.*

Roger Tognella (FDP): *Ich danke den Grünen, dass sie nicht geeint sind. Das hilft der Sache insofern, als dass Walter Angst (AL) und ich als Helden des Quartiers die Stellung dieser Gremien sehr hoch halten und es eigentlich besser wissen sollten. Dem Quartierverein wurde ein anderes Konzept vorgestellt, als es die zuständige Spezialkommission vorgestellt erhielt. Es geht auch um die zukünftige Bewirtschaftung der Flächen in der Probstei, wo die Schiessflächen geschlossen und deshalb bewirtschaftet werden sollen. Das kann auf verschiedene Weise gelöst werden – einer ist vom Adlisberg her. Das würde einen sehr grossen Betrieb ergeben, was uns nicht ganz glücklich erscheint. Die bisherigen Pächter auf dem Hof in Schwamendingen haben*

bewiesen, dass man diesen wirtschaftlich betreiben kann. Es gilt nun, genau zu schauen, was man da entwickeln will. Lasst das Quartier noch ein wenig arbeiten – wenn man jetzt einen Wettbewerb durchführt, dann zementiert das Konzept die Verhältnisse.

S. 268 **35**
 3570
 55038300 /
 5040 00 000

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT

Grün Stadt Zürich

Landwirtschaftsbetrieb Adlisberghof: Instandsetzung und Erweiterung / Hochbauten

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
081.	Antrag Stadtrat			200 000	Mehrheit	Dorothea Frei (SP) Referentin, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		150 000		50 000	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
					Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Warten auf Gesamtkonzept im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung Huebhof				

Roger Tognella (FDP) beantragt für den Antrag der Minderheit neu eine Kürzung um 150 000 Franken.

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 85 gegen 32 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) zu.

Antrag 082.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Matthias Probst (Grüne): Wir sind hier im Globalbudget bei einer spannenden Steuerungsvorgabe gelandet. Es geht um die Anzahl aktiver Mitglieder in Gemeinschaftsgärten. Solche Gemeinschaftsgärten haben neben dem Effekt für das Klima auch ein hohes Bildungspotenzial, wenn sich die Bevölkerung wieder vermehrt mit selbstgezeugenen Lebensmitteln versorgt. Zudem wirken diese integrativ, indem geradezu Quartierzentren in den Gemeinschaftsgärten entstehen. Wir haben also jedes Interesse daran, dass diese wachsen können und Land erhalten – also, dass man nicht alles einem neu gegründeten Bauernhof in Adlisberg zuschiebt. Wir schlagen vor, die Steuerungsgrösse, die Grün Stadt Zürich auf 1140 aktive Mitglieder angesetzt hat, auf 1500 zu erhöhen. Dies könnte ohne grössere Kostenfolgen erreicht werden, da die Gärten in einem hohen Masse selbst organisiert sind. Es müssten lediglich einige Barrieren entfernt werden, dann geschieht dies von alleine. Wir sind sicher, hier im Interesse der Stadt zu handeln und es ist ja auch Teil der Strategie von Grün Stadt Zürich, dass solche Projekte wachsen können. Ich bitte Sie darum, diesem Antrag zuzustimmen.

Roberto Bertozzi (SVP): Hier will man die Gemeinschaftsgärten von 1140 auf 1500 Mitglieder erhöhen, weil dies ein wichtiger Beitrag gegen den Klimawandel sei. Ich bezweifle, dass man einen Effekt auf den Klimawandel erreicht, indem man in der Stadt

Zürich ein paar Gärten mehr schafft. Aber ich stimme zu, dass ein Effekt auf die Umwelt gegeben ist, wenn man in der Region produziert. In der Region heisst aber nicht in der Stadt Zürich, denn hier haben wir wenig landwirtschaftliche Flächen. Es wurde nicht gesagt, dass diese Erhöhung mit Folgekosten verbunden ist: Man braucht zwei Personen mehr für die Feldbetreuung plus eine Projektperson. Die Umsetzung würde mindestens vier Jahre dauern und darum lehnen wir es ab.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Die Steuerungsgrösse wird von 1070 auf 1140 erhöht und ihr steuert auf 1500. Wer auf diesem Gelände gärtnern will, muss einige Dinge vorbereiten. Grün Stadt Zürich muss einige Dinge organisieren, es braucht Umzonungen et cetera. Diese Steuerungsgrösse ist völlig aus der Luft gegriffen. Das Ziel ist gut: Die Leute in der Stadt Zürich sollen so viel gärtnern, wie sie wollen. Aber die operativen Prozesse sollten berücksichtigt und die entsprechenden Mittel eingestellt werden. Heute herrscht eine klimapolitische Hüftschusstrategie; man stellt möglichst viel Geld ein und erhöht irgendwelche Zahlen, aber passieren tut nicht viel – vor allem nicht in dem hier genannten Zeitraum.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

STR Richard Wolff: *Ich zitiere vier Punkte aus der Haushaltsführung für Globalbudgets: Ein Globalbudgetantrag, der sich auf den nächsten Voranschlag bezieht – ich glaube, das ist jetzt – muss bis Ende Februar – also von diesem Jahr, nicht vom nächsten – im Gemeinderat eingereicht werden. Ein später eingereichter Globalbudgetantrag wird vom Stadtrat für die Umsetzung im übernächsten Voranschlag geprüft, wenn er nicht von einer Mehrheit der Ratsmitglieder für dringlich erklärt wird. Der Stadtrat nimmt innert zweier Monate Stellung, bis Ende Mai beschliesst der Gemeinderat über Weisung oder Ablehnung des Globalbudgetantrags. Wird er bis Ende Juni von einer Mehrheit des Gemeinderats für dringlich erklärt, nimmt der Stadtrat bis Ende August Stellung. Bis Ende September beschliesst der Gemeinderat über Weisung oder Ablehnung des Globalbudgetantrags – jetzt haben wir Dezember – Der Stadtrat unterbreitet... und so weiter. Ihr könnt machen, was ihr wollt, aber eigentlich ist das keine Diskussion über einen Globalbudgetantrag.*

Matthias Probst (Grüne): *Wir sprechen nicht über eine Globalbudgetmotion, sondern über einen einfachen Antrag. Wenn wir das nicht innerhalb des Budgets steuern können, können wir sie abschaffen. Es wäre sinnlos, wäre es so, wie STR Richard Wolff sagt. Zum Votum von Walter Angst (AL): Das Gute an diesem Antrag ist, dass er die Stadt nichts kostet. Die Gemeinschaftsgärten sind bereit. Sie haben die Infrastruktur. Der einzige Grund, warum sie nicht mehr Mitglieder aufnehmen können, ist der Mangel an Land. Wenn hier aktiv etwas geschehen soll, muss Grün Stadt Zürich mehr Land zur Verfügung stellen. Dies geschieht kostenneutral, weil dafür ein Pachtzins anfällt und wir haben vorhin gelernt, dass viel Land zur Verfügung steht. Es geht hier auch nicht um ein paar Hobbygärtner, die mit der Hacke übers Land spazieren, sondern um ernsthafte Produktion unter fachlicher Anleitung. Was du, Walter Angst (AL), meinst, ist die andere Steuerungsgrösse für Familiengärten. Diese haben wir nicht angetastet und ich habe es tunlichst vermieden, einen Konnex herzustellen.*

S. 129 **35**
3570
PG 2

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Grün Stadt Zürich
Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
082.	Antrag Stadtrat		Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Severin Pflüger (FDP)
	Die Minderheit der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe «Anzahl Aktivmitglieder Gemeinschaftsgärten in der Zuständigkeit von Grün Stadt Zürich» von 1140 auf 1500 zu erhöhen.		Minderheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Erhöhung der lokalen Produktion ist ein wichtiger Beitrag gegen den Klimawandel		

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 70 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 083. und 084.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Matthias Probst (Grüne): Ich spreche zu beiden Anträgen, da diese direkt zusammenhängen. Antrag 084. ist die Erhöhung der Steuerungsgrösse von 900 auf 1100 Naturschulanlässe. Dieser Antrag ist nicht ohne Kostenfolge, deshalb gibt es eine Budgeterhöhung von 340 000 Franken. Wir beantragen Ihnen, den Ausbau der Naturschulanlässe zu forcieren, weil diese Anlässe jeweils innert weniger Tage ausgebucht sind und die Nachfrage viel grösser wäre. Diese würde locker auch 2000 dieser Anlässe abdecken, allerdings kann ein so grosses Wachstum innert nützlicher Frist nicht bewältigt werden. An den Naturschulanlässen wird für die Netto-Null-Gesellschaft wichtige Umweltbildung vermittelt, die wir anstreben. Es ist allen gedient, wenn ein möglichst früher Bezug zur Umwelt und Natur vermittelt wird.

Roberto Bertozzi (SVP): Wir sind auch der Meinung, dass Naturanlässe sinnvoll sind. Ich habe auch eine Arbeit im Rahmen der Prävention und Gesundheitsförderung darüber geschrieben. Aber diese Bildung sollte primär im Rahmen des ordentlichen Unterrichts stattfinden – analog der Waldschulen, wenn man aus dem Schulzimmer heraus in den Wald geht. Dafür braucht es keine zusätzlichen Stellen, deren zwei mit 160 Stellenprozenten hier gefordert werden. Wir lehnen deshalb die Anträge 083. und 084. ab.

Weitere Wortmeldungen:

Stefan Urech (SVP): Wir lehnen die Anträge aus einem weiteren Grund ab: Die Netto-Null-Gesellschaft ist eure politische Einstellung und keine allgemeingültige Gesellschaftsperspektive. Ihr fordert, dass an den Stadtzürcher Schulen eure Propaganda via Grün Stadt Zürich unterrichtet wird – und das ist gefährlich.

Guido Hüni (GLP): Die Vorstellung ist zu einfach, dass die Schulen einfach das normale Schulprogramm im Wald abhalten. Die Kinder könnten auch mit ihren Eltern in den Wald gehen, um einfach nur ein schönes Erlebnis zu haben. Man braucht ein Stück weit die Begleitung durch eine Fachkraft, die das Naturerlebnis in einen Zusammenhang stellt. Denn es geht auch darum, die biologischen Abläufe erklären zu können. Und es ist nun einmal so, Stefan Urech (SVP), dass hier ein Zusammenhang mit dem Klimawandel und dessen Folgen besteht. Es ist sinnvoll, diese aufzuzeigen und mit sehendem Auge in die Zukunft zu schreiten.

Res Marti (Grüne): Die Begründung, auf Naturlehre zu verzichten, weil diese mit dem Klimawandel zusammenhängt, ist vergleichbar mit dem Wunsch, auf Verkehrssicherheit zu verzichten, weil diese mit dem Parkplatzabbau zusammenhängt.

Stefan Urech (SVP): Res Marti (Grüne), dein Fraktionskollege hat gerade eben gesagt, dass der Zusammenhang besteht zwischen Umweltbildung und Netto-Null-Gesellschaft. Guido Hüni (GLP): Die Lehrpersonen, die Natur und Technik unterrichten, haben eine viereinhalbjährige Ausbildung hinter sich und an der Pädagogischen Hochschule wird Umweltschutz, CO₂, Plastik und der Rest dieser Religion nicht klein geschrieben. Sie sind also durch und durch ausgebildet, um solchen Unterricht zu bieten. Dafür braucht es keine Angestellten von Grün Stadt Zürich.

S. 135 35
3570
PG 3

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Grün Stadt Zürich
Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
083. Antrag Stadtrat			15 025 200 Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
		340 000	15 365 200 Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Umsetzung der Erhöhung der Naturschulanlässe (auf den Konten Sach- und Betriebsaufwand sowie Personalaufwand)		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 103 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 084.

Wortmeldungen siehe Antrag 083.

S. 135 35
3570
PG 3

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Grün Stadt Zürich
Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
084.	Antrag Stadtrat		Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
	Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe «Anzahl von Grün Stadt Zürich durchgeführte oder mitfinanzierte Naturschulanlässe» von 900 auf 1100 zu erhöhen.		Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Es sollen mehr Schülerinnen und Schüler von Naturschulanlässen profitieren können		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 085.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Roger Tognella (FDP): Wir haben bei der Vorstellung des Globalbudgets festgestellt, dass verschiedenste neue Stellen im Zusammenhang mit dem kommunalen Richtplan geschaffen werden. Dieser Richtplan hat bis heute allerdings keine Rechtskraft, denn er muss erst in die Kommission, die dieser Rat jüngst gegründet hat. Uns ist deshalb nicht klar, warum man diese Stellen auf Vorrat schaffen muss für eine Beratung, die erst noch geführt werden muss. Seltsam mutete es insbesondere an, als die Antworten ergeben haben, es brauche für die Beratung des Richtplans gar keine neuen Stellen, denn diese könne mit den bestehenden Ressourcen durchgeführt werden. Deshalb möchten wir auf die Schaffung dieser Stellen gerne verzichten.

Sven Sobernheim (GLP): Der Sprecher der Minderheit 1 hat schon viel dazu gesagt. Wir möchten nur einen Teil dieser Stellen streichen, denn betrachtet man den Terminplan des Richtplans, werden wir nächstes Jahr – sollte der Richtplan beschlossen werden – bereits einen Teil der Massnahmen umsetzen können. Daher ist es in Ordnung, mit Vorbereitungsmaßnahmen für den kommunalen Richtplan zu beginnen, aber sicher nicht in dem Ausmass, wie es der Stadtrat anstrebt. Insbesondere, da der kommunale Richtplan sogar bei jenen, die in bestellt haben, nicht unumstritten ist.

Florian Utz (SP): Bei diesen Stellen geht es um Personen, die insbesondere für die Schaffung von mehr Grünraum zuständig sind. Dieser Auftrag wird tatsächlich mit aller Wahrscheinlichkeit durch den kommunalen Richtplan formuliert – wie genau, das wird sich noch in der Beratung zeigen. Der Auftrag besteht aber schon heute durch den

Gegenvorschlag zur Grünstadt-Initiative. In diesem Sinne möchte die Mehrheit dem Stadtrat die Mittel zur Verfügung stellen, die der Stadtrat braucht, um vorwärts zu machen.

S. 115 **35**
3570
Saldo

TIEFBAU- UND ENTSORGUNGSDEPARTEMENT
Grün Stadt Zürich
Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / Saldo

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
085. Antrag Stadtrat			73 696 600 Mehrheit	Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP)
	600 000		73 096 600 Minderheit 1	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
	200 000		73 496 600 Minderheit 2	Shaibal Roy (GLP) Referent
			Abwesend	Alan David Sangines (SP)
Begründung: Saldokürzung auf dem Konto 3010 00 000 (Löhne): FDP/SVP: Verzicht auf die Schaffung von zusätzlichen Stellen mit der Begründung «Umsetzung kommunaler Richtplan». Dem Richtplan ist noch keine Rechtskraft erwachsen. Es sind auch mit dem bestehendem Richtplan entsprechende Aufgaben durch GSZ wahrgenommen worden. Für die Umsetzung sind keine neuen Stellen notwendig. GLP: Zurückhaltender Stellenaufbau für Umsetzung kommunaler Richtplan Siedlung, Landschaft, öffentliche Bauten und Anlagen der Stadt Zürich (RP SLÖBA).				

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(73 696 600)	67 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(73 096 600)	36 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(73 496 600)	<u>18 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE

Gemeinsame Behandlung der Anträge 093. und 094.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Matthias Probst (Grüne): Wir befinden uns im Globalbudget der ewz. Wir diskutieren über die Steuerungsgrösse für erneuerbare Energiequellen. Budgetiert ist, dass diese 14,3 Prozent betragen soll, wir schlagen eine Erhöhung auf 15,5 Prozent vor. Es geht um Kleinwasserkraftwerke, Wind-, Sonne-, Biomasse-Energie und so weiter. Nicht dabei

sind Grosswasserkraftwerke, Atomkraftwerke und sonstige fossile Spinnereien. In der Stadt Zürich haben wir den Auftrag, insbesondere bei den Kernkraftwerken für Ersatz zu sorgen. Um die Energieversorgung in der Stadt Zürich sicher zu stellen, ist ein Ausbau der erneuerbaren Energiequellen angesagt. Wir denken auch, dass sich die Energieversorgung in Zukunft stärker elektrifizieren wird – also auch weg vom Gas und anderen Spinnereien, um Liegenschaften zu heizen, hin zu beispielsweise Wärmepumpen mit Erdsonden. Wir haben also jedes Interesse, alle verfügbaren erneuerbaren Energiequellen anzuzapfen und darum möchten wir das Tempo dieses Ausbaus stärker forcieren als geplant. Mit der grundsätzlich eingeschlagenen Richtung sind wir natürlich einverstanden.

Roberto Bertozzi (SVP): Wir sehen keinen Anlass, den Umbau der Energieversorgung zu forcieren. Deshalb werden wir den Antrag ablehnen, der die Steuerungsgrösse von 14,3 auf 15,5 Prozent erhöhen möchte. Das gleiche gilt bei Antrag 094.: Wir lehnen die Erhöhung der Steuergrösse von 772 auf 850 ab.

Weitere Wortmeldung:

Matthias Probst (Grüne): Ich habe vergessen bei meinem vorherigen Votum zu erwähnen, dass die beiden Anträge zusammenhängen: Die Erhöhung der Prozente soll nicht nur in einer relativen, sondern in einer absoluten Erhöhung enden. Deshalb haben wir auch die Erhöhung der Steuerungsgrösse U2 von 772 auf 850 Gigawattstunden beantragt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Mit diesen Anträgen rennen Sie offene Türen ein. Betrachten Sie den Antrag 094. im Globalbudget, sehen Sie, dass wir eine Erhöhung auf 15 Prozent vorschlagen. Sie beantragen noch eine leichte zusätzliche Erhöhung auf 15,5 Prozent. Für uns ist das ein weiterer Ansporn und wir haben klar signalisiert, dass wir in diese Richtung gehen möchten. Ich möchte nur noch anfügen, dass Grosswasserkraftwerke keine Spinnerei, sondern ein Pfeiler unserer Energieproduktion sind. Auch wenn wir die Erhöhung der Steuerungsgrössen begrüssen, werden wir keinen Herkunftsnachweis bieten und auch keine Anlagen kaufen, die bereits existieren, da dies nicht zu einer Förderung der erneuerbaren Energien beiträgt. So wie ich es verstanden habe, ist dies aber sowieso die Meinung der Mehrheit.

S. 154 45
4530
PG 2

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE
Elektrizitätswerk
Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
093. Antrag Stadtrat			Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
	Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe U 1 «Anteil aus neuen erneuerbaren Energiequellen an der Gesamtproduktion» von 14,3 auf 15,5 % zu erhöhen.		Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP)

Begründung: Der Umbau der Energieversorgung soll forciert werden

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 094.

Wortmeldungen siehe Antrag 093.

S. 154 **45**
4530
PG 2

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE
Elektrizitätswerk
Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
094.	Antrag Stadtrat			
			Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
	Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe U 2 «Menge der produzierten Energie aus neuen erneuerbaren Energiequellen (in GWh)» von 772 auf 850 GWh zu erhöhen.		Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung: Der Umbau der Energieversorgung soll forciert werden			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 095.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Matthias Probst (Grüne): Antrag 095. ist ebenfalls eine Steuerungsgrösse, und zwar U4. Diese wurde neu eingeführt und besagt, wie viel Kilowatt-Peak Fotovoltaik in der Stadt Zürich jährlich dazu gebaut werden soll. Sie besagt nicht, wer diese Anlagen bauen soll, sondern nur, wie viel insgesamt gebaut werden soll. Diese Steuerungsgrösse resultiert aus einer längeren Kommissionsdebatte zur Tarifrevision der ewz, in der die Mehrheit der Kommission den Wunsch äusserte, darauf Einfluss nehmen zu können, wie viel Fotovoltaik tatsächlich gebaut wird. Da wir so viele verschiedene Fotovoltaiktarife und -fördermodelle haben, war es schwierig zu einem einzelnen einen Antrag zu stellen – insbesondere da es unser Wunsch ist, dass gesamthaft mehr Fotovoltaik hinzukommt. Diese Steuerungsgrösse gibt den ewz die maximale Freiheit, eigene Instrumente zu erfinden, um den Zubau von Fotovoltaik in der Stadt Zürich auf einem möglichst hohen Niveau zu halten. Bis jetzt wurde insbesondere das erfolgreiche Modell des Eigengebrauchs eingeführt, bei der die Energie nicht von den ewz geliefert wird, sondern von den Anlagenerstellern gebraucht wird. Vielleicht gibt es noch weitere kreative Instrumente, die zu einem wesentlichen Zubau führen. Unbestritten ist, dass das Potenzial der Fotovoltaik in der Stadt Zürich nicht annähernd ausgeschöpft ist. Dafür gibt es verschiedene Gründe, und das theoretische Potenzial ist immer grösser als das praktisch ausschöpfbare. Es geht aber darum, dass die Eigentümer der in Frage kommenden Flächen mitmachen – insbesondere Hauseigentümer. Baut man grossflächig

Anlagen, kann es bereits heute der Fall sein, dass der daraus gewonnene Strom günstiger ist als der Netzstrom. Wir schlagen deshalb darum die Erhöhung der geplanten 860 Kilowatt-Peak auf 2000 vor. Das ist ein massiv grösserer Ausbau. Wir sind der Ansicht, dass dieser Bereich in der Stadt Zürich ein etwas stiefmütterliches Dasein fristet, was nicht nur die Schuld der ewz ist, sondern viele Gründe hat, aber wir haben trotzdem einen grossen Einfluss. Es geht nicht darum, nur auf stadteigenen Flächen solche Anlagen zu schaffen, sondern auf allen sinnvoll zur Verfügung stehenden Flächen. Damit ist auch der Antrag 096. verbunden: Man hat uns gesagt, dass die Erhöhung auf 2000 Kilowatt-Peak etwa drei Millionen Franken kostet. Das ist es uns wert, auch wenn uns klar ist, dass man diesen Betrag nicht so genau beziffern kann. Uns ist natürlich bewusst, dass das nicht nur ein Finanzproblem ist, sondern vielleicht auch ein Behördenproblem, Eigentumsproblem oder Baugesuchsproblem. Hier kann die Stadt Zürich auf dem eigenen Gemeindegebiet einen grossen Beitrag zur Energiewende leisten. Leider ist es nicht möglich, Windräder auf Stadtgebiet zu bauen oder den Zürichsee höher zu stauen, aber hier besteht ein grosses Potenzial – und bevor wir in der ganzen Welt investieren, sollten wir dieses aktivieren.

Roger Tognella (FDP): Ehrlicherweise muss ich einräumen, dass wir bei unserem Vorschlag von 1400 Kilowatt-Peak eine Abschätzung dazu machen mussten, was überhaupt möglich ist. Die von den Grünen eingesetzte Grösse ist absolut unrealistisch – vor allem innerhalb eines oder zweier Jahre. Es ist unredlich, die ewz mit einer übertriebenen Grösse vor uns her zu treiben, die nicht erreicht werden kann und den Stadtrat zu zwingen, jedes Jahr zu erklären, warum man die Grösse nicht erreicht hat. Wir sind der Meinung, dass unser Schritt auf 1400 Kilowatt-Peak zwar ambitiös ist, aber erreichbar – die Ziele sollten erreichbar sein, denn wenn die Karotte vor dem Esel zu weit entfernt ist, wird sich der Esel auch nicht darum bemühen, sie zu erreichen. Der zweite Teil des Votums von Matthias Probst (Grüne) ist bemerkenswert: Zuerst muss die Grundlage geschaffen werden, um die Dachflächen für Anlagen zu nutzen. Dies ist nicht so sehr eine Frage des Preises – auch in der Technik besteht nach wie vor ein grosser Preiszerfall. Auch gibt es in den ewz gute Produkte, die die Förderung der Fotovoltaik ermöglichen. Eine nicht erreichbare Steuerungsgrösse jetzt einzustellen ist aber völlig unsinnig. Die FDP will dementsprechend beim Antrag 096. die Grösse auf 2,1 Millionen Franken festlegen. Wir bitten Sie, dementsprechend den neuen Anträgen zuzustimmen.

Roberto Bertozzi (SVP): Wir lehnen die Anträge 095. und 096. grundsätzlich ab. Hier geht es wieder um die Forcierung der Energieversorgung, die unserer Meinung nach unnötig ist. Müssten wir uns für eine der beiden Varianten entscheiden, dann natürlich für das kleinere Übel von 1400 Kilowatt-Peak. Die 2000 Kilowatt-Peak lehnen wir grundsätzlich ab.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

STR Michael Baumer: Sie treiben ewz nicht vor sich her, sondern müssen versuchen, ihm nachzukommen. Gerade bei der Solarenergie arbeiten wir intensiv am Ausbau, insbesondere in der Stadt. Die Schwierigkeiten liegen nicht bei den Investitionskosten oder an den mangelnden Geldmitteln, sondern im Ausfindigmachen von genügend Dächern, auf denen die Anlagen installiert werden können. Ich baue darauf, dass Sie gegebenenfalls mithelfen, regulatorische Änderungen vorzunehmen – insbesondere beim Beispiel eines Windrades auf dem Käferberg wäre ich mir nicht so sicher, dass das funktioniert. Denn in der Schweiz werden Windräder insbesondere von Umweltorganisationen verhindert. Was die Zahl angeht gehen wir davon aus, bis 2030 im jährlichen Mittel die Fotovoltaik um 1200 bis 1500 Kilowatt-Peak ausbauen können – das ist realistisch. Die höhere Zahl würden wir selbstverständlich als Ansporn nehmen, aber Sie müssten damit

rechnen, dass das nicht ganz erreicht wird.

S. 154 **45**
4530
PG 2

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE
Elektrizitätswerk
Erfolgsrechnung: Produktgruppen-Globalbudget / D Steuerungsvorgaben

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
095.	Antrag Stadtrat		Minderheit 1	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
	Die Mehrheit der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe U 4 «Zubau von Photovoltaikanlagen innerhalb der Stadt Zürich durch ewz (in kWp)» von 860 auf 2000 kWp zu erhöhen.		Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
	Die Minderheit 2 der RPK beantragt, die Steuerungsvorgabe U 4 «Zubau von Photovoltaikanlagen innerhalb der Stadt Zürich durch ewz (in kWp)» von 860 auf 1400 kWp zu erhöhen.		Minderheit 2	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Shaibal Roy (GLP)
			Enthaltung Abwesend	Walter Angst (AL) Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Der Umbau der Energieversorgung soll forciert werden. Der einzige Beitrag der Stadt Zürich zur Energieproduktion, der auf Gemeindegebiet stattfinden kann, ist die Produktion von Solarstrom. Das Potential ist um einen Faktor 100 grösser als die tatsächlich genutzte Menge. Daher macht hier ein Schwerpunkt für die Energiewende Sinn.		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(860 kWp)	16 Stimmen
Antrag Mehrheit	(2000 kWp)	58 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(1400 kWp)	<u>48 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Keiner der Anträge erhält das absolute Mehr; für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 1 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Minderheit 2 wird mit 63 gegen 58 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zugestimmt.

Antrag 096.

Kommissionsmehrheit:

Renate Fischer (SP): Wir haben mit dem vorherigen Antrag den Zubau von Fotovoltaikanlagen erhöht und wollen mit dem jetzigen Antrag diesen Zubau mit den entsprechenden Geldern aus dem Investitionsfonds untermauern. Wir haben bereits von Roger Tognella (FDP) gehört, dass der Zubau von 1400 Kilowatt-Peak 2,1 Millionen Franken kostet. Wir passen unseren Antrag von 3 Millionen Franken dementsprechend an – es wird also nur über einen Antrag über 2,1 Millionen Franken abgestimmt werden.

S. 308 45
4530
502910 /
5030 00 000

DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE
Elektrizitätswerk
Kraftwerke /
Übrige Tiefbauten

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
096.	Antrag Stadtrat			23 002 000	Minderheit	Roberto Bertozzi (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP)
			2 100 000	25 102 000	Mehrheit	Renate Fischer (SP) Referentin, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
					Abwesend	Alan David Sangines (SP)
		Begründung: Investitionskosten für den Zubau von Photovoltaikanlagen innerhalb der Stadt Zürich durch ewz (gemäss Steuerungsvorgabe U 4)				

Roger Tognella (FDP) beantragt für die Mehrheit neu eine Erhöhung um 2 100 000 Franken.

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 097.

Kommissionsreferent:

Res Marti (Grüne): Es geht um die etwas spezielle Abteilung Innovationsmanagement bei den VBZ. In dieser Abteilung arbeiten nur sehr wenige Personen ausschliesslich. Die meisten sind an anderen Orten angestellt, werden aber für bestimmte Innovationsprojekte eingebunden. Es ist wichtig, dass diese Leute sich an einem Ort treffen können, um produktiv zusammenarbeiten zu können – dies war nicht der Auslöser unseres Kürzungsantrags, wie auch die einzelnen Innovationsprojekte unter denen Dinge wie die Mobilitätsplattform Flexnet sind. Der Auslöser für den Antrag sind die ausgewiesenen, exorbitanten Kosten. Für 200 Quadratmeter Bürofläche sollen pro Jahr sage und schreibe 250 000 Franken ausgegeben werden. Das entspricht einem Quadratmeterpreis von 1250 Franken – das ist nicht weit weg von dem, was Manor an

der Bahnhofstrasse nicht mehr bereit war zu bezahlen und Altstetten ist dann doch noch nicht eine so teure Lage wie die Bahnhofstrasse. Es gibt in Altstetten günstigere Räume, etwa im Baslerpark, der etwa 500 Meter von den VBZ an der Luggwegstrasse entfernt liegt. Dort kostet der Quadratmeter inklusive Ausbau nach Mieterwunsch 320 Franken pro Jahr – also etwa ein Drittel des beantragten Betrags. Die VBZ sollen diese Flächen gerne für ein Innovationsmanagement anmieten, aber bitte zu einem vernünftigen Preis.

Weitere Wortmeldung:

Renate Fischer (SP): Das Team des VBZ-Innovationsmanagements besteht zurzeit aus etwa 20 Personen. Man nutzt aktuell verschiedene Räume, an denen man das genutzte Material jeweils wieder versorgen muss. In der ersten Hälfte 2020 treten neue Fachspezialisten ihre Stelle an und für dieses Team sollen rund 200 Quadratmeter in unmittelbarer Nähe zu den VBZ gemietet werden. Neben den Arbeitsplätzen soll es Raum für gemeinsames Arbeiten und das Lagern von Material geben. Mittlerweile hat man ein Mietobjekt gefunden, das günstiger ausfällt als der im Budget eingestellte Betrag, doch der Vertrag sei noch nicht unterzeichnet. Sollte dieser Vertrag nicht zustande kommen, würden Alternativen wie etwa Container auf dem VBZ-Gelände deutlich teurer ausfallen. Da der Antrag sehr spät gestellt wurde, waren die SP und die anderen Parteien in der Kommission noch in der Enthaltung. Da das Zustandekommen des Vertrags noch immer scheitern könnte, lehnt die SP die Kürzung zum jetzigen Zeitpunkt noch immer ab. Sollte es mit dem Mietvertrag klappen, wird das Geld einfach nicht ausgegeben, falls es nicht klappt, steht das Geld den VBZ weiterhin zur Verfügung.

S. 312 **45** **DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE**
 4540 **Verkehrsbetriebe**
 3160 00 000 **Miete und Pacht Liegenschaften**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
097.	Antrag Stadtrat			735 800	
		100 000		635 800	Zustimmung
					Enthaltung
					Abwesend
	Begründung:	Kostengünstigere Anmietung von Bürofläche für das Innovationsmanagement			

Der Rat stimmt dem Antrag des Stadtrats mit 76 gegen 43 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 098.

Wortmeldungen siehe Antrag 071.

S. 314 **45** **DEPARTEMENT DER INDUSTRIELLEN BETRIEBE**
 4540 **Verkehrsbetriebe**
 595010 / **Bau von Geleiseanlagen: Sammelkonto /**
 5010 00 000 **Strassen/Verkehrswege**

		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
098.	Antrag Stadtrat			16 485 000	Minderheit
		1 056 000		15 429 000	Mehrheit
					Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
					Florian Utz (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Projekt Zollbrücke: Reduktion auf Notsanierung der Geleise, damit kein Präjudiz gegen die Umsetzung der überwiesenen Motion GR Nr. 2019/43 geschaffen wird			

Hans Jörg Käppeli (SP) zieht den Antrag der Mehrheit zurück. Damit ist dem Antrag der Minderheit stillschweigend zugestimmt.

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT

Gemeinsame Behandlung der Anträge 099. und 100. (Postulat GR Nr. 2019/510).

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Beim Antrag 099. geht es um etwas, das wir schon länger vorausgesetzt und uns nicht einmal unsere bürgerlichen Kollegen geglaubt haben. Nämlich, dass die flächendeckende Einführung der Tagesschulen zu einem grossen Ausbau des Betreuungspersonals führen wird. In diesem Budgetposten sehen wir eine Folge dieses Ausbaus. Wir finden, dieser Ausbau ist nicht dringend nötig. Beim Verteilschlüssel stellt sich die Frage, ob es 9,1 oder 10 Schüler pro Betreuungsperson sein sollen – wir glauben, dass die Betreuer diese 0,9 Schüler mehr verkraften. Es leuchtet uns durchaus ein, dass man diese Personen als Klassenassistenten während des Unterrichts einsetzt, wozu ich beim nächsten Antrag noch mehr sagen werde.

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet den Antrag der Minderheit 2 und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1943/2019): Es gibt viel zu viele Bezugspersonen in der Volksschule. Es braucht viele Stützmassnahmen wegen der unhinterfragten Integration aller Schüler in die Regelklassen. Das Resultat: Zu viele Köche verderben den Brei. Es gibt Klassen, die mit bis zu acht Lehr- und Förderpersonen bestückt sind. Mit unserem Postulat und Antrag wollen wir erreichen, dass wenigstens eine zusätzliche Stufe an Bezugspersonen weitgehend wegfällt. Die Betreuungspersonen kennen die Kinder bereits weitgehend, weil ein grosser Teil dieser Kinder die Angebote wahrnimmt. Häufig handelt

es sich dabei um gute Beziehungen, da diese mit etwas Angenehmen verbunden ist – die Betreuung findet schliesslich in der unterrichtsfreien Zeit statt, in der gebastelt, gespielt oder gegessen wird. Betreuungspersonen sind vor allem während der offiziellen Unterrichtszeit der Schule nicht ausgelastet. Wir glauben deshalb, dass sie in dieser Zeit als Klassenassistenzen eingesetzt werden können, so befinden sich den Kindern bekannte Personen im Klassenzimmer und nicht fremde, zusätzliche. Es geht bei der Minderheit 2 nicht um eine Kürzung, sondern um eine Umverteilung der Betreuungslöhne zu den Löhnen der Schule. Wir bitten sie im Namen der Kinder etwas Ruhe ins Chaos der vielen unterschiedlichen Bezugspersonen zu bringen und Vorstoss und Antrag der FDP zu unterstützen.

Walter Angst (AL): Der FDP und SVP geht es nicht darum, eine bessere Schule zu schaffen. Es geht darum, Kosten zu reduzieren. Kumuliert man das Sammelsurium an Abbauvorschlägen auf dem Konto 3010 in den kommenden Anträgen, so kommt man auf insgesamt etwa 18 Millionen Franken. Das wäre ein massiver Einschnitt – auch wenn nicht alle der Meinung sind, man müsste so tief nach unten gehen. Dieser bunte Strauss an Streichungsanträgen kürzt die personellen Ressourcen der Schule für Klassenassistenzen und Betreuungspersonal – also jenes Personal, das ergänzend zu den Lehrerinnen und Lehrern in der Schule Qualität sichert. Hinzu kommt, dass man lieber das günstigere Personal hätte. So kostet eine Lehrerin etwa 130 000 Franken, eine Sozialpädagogin 110 000 Franken, eine Fachperson Betreuung 90 000 Franken und eine Klassenassistentin etwa 80 000 Franken. Ihr habt das Gefühl, dass Bildung in der Stadt Zürich zu teuer ist. Jeder, der in die Schulen hineinhört, weiss, in was für einer schwierigen Situation die Schulen nach den Sparmassnahmen von Gerold Lauber sind, weil sich die Quartiere und Schulen verändern. Diese Belastungen werden vor allem das Betreuungspersonal und all die begleitenden Dienste treffen. Es gibt mit Sicherheit nicht zu viel Personal oder Ressourcen, auch wenn ich Ihnen, Yasmine Bourgeois (FDP) zustimme, dass deren Aufteilung und Organisation nicht immer optimal sind. Wir wollen Bildung stärken, wenn wir die integrative Förderung zum Erfolg bringen und nicht wieder einen Schritt zurück machen wollen. Ihr wollt diese Integration abschaffen, aber bitte sagt das direkt und stellt es nicht durch Ressourcenentzug weiter in Frage. Der Ressourcenbedarf ist eher höher als kleiner und die schwierigen Situationen werden mehr. Das gilt für die Krisenintervention oder dass eine Klassenassistentin zu 50 Prozent nur noch einem Schüler oder einer Schülerin zugeordnet wird. Das gilt sowohl für die Schulen als auch die Horte. Die Mehrheit lehnt diese Kürzungen am dümmsten Ort ab. Es geht darum, den Schulen die notwendigen Ressourcen zu geben, damit sie erfolgreich sein können, ihre Integrationskraft gestärkt und der Bildungserfolg verbessert wird – ich erinnere an die gerade durchgeführte PISA-Studien. Deshalb bitte ich Sie, die kommenden Anträge abzulehnen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen: Klassenassistenzen stärken die Volksschule. Sie kommen in grossen oder besonders heterogenen Klassen zur Entlastung der Lehrpersonen zum Einsatz. Insbesondere begleiten sie die Schülerinnen und Schüler, die eine individuelle Betreuung benötigen, um zu lernen. Sie können im Notfall – wenn etwa die Lehrperson ausfällt – die Schülerinnen und Schüler betreuen und ihnen einen Lernauftrag geben. Klassenassistenzen sind also sehr sinnvoll und erst noch kostengünstig. Sie leisten bei tiefem Lohn eine wertvolle Unterstützungsarbeit in der Volksschule. Es ist weiter sinnvoll, dass eine den Schülerinnen und Schülern bereits bekannte Person diese Assistenz übernimmt. Für diese zusätzliche Aufgabe braucht es aber auch zusätzliche Zeit und Entlohnung. Dieses Postulat suggeriert, dass das Hortpersonal heute nicht voll ausgelastet sei. Das mag an der Schule von Yasmine Bourgeois (FDP) stimmen, aber an den allermeisten Schulen in der Stadt Zürich ist das Gegenteil der Fall. Seit der Einführung des neuen Betreuungsschlüssels vor ein paar Jahren sind die personellen Ressourcen

der Horte knapp bemessen. Im grössten Teil der Arbeitszeit widmet sich das Betreuungspersonal den Kindern, in der verbleibenden, knappen Zeit ist die pädagogische Vor- und Nachbereitung angesagt: Konzepte entwickeln, Material einkaufen, administrative Arbeiten erledigen, Lehrlinge coachen, Elterngespräche führen und Teamsitzungen. Hinzu kommen Aufgaben im Bereich Hygiene und Verpflegung, um das leibliche Wohl der Kinder sicherzustellen. Mit all diesen Aufträgen ist das Betreuungspersonal im Rahmen seiner Anstellung voll ausgelastet. Ich erwähne noch, dass es dem Betreuungspersonal aus betrieblichen Gründen praktisch nicht möglich ist, Vollzeit zu arbeiten. Als Folge haben die meisten Hortmitarbeitenden kein die Existenz sicherndes Einkommen, weshalb ein entlöhntes Zusatzpensum als Klassenassistenten erwünscht ist. Wir Grünen begrüssen den Ausbau der Klassenassistenten, darunter soll aber nicht das Betreuungspersonal und die Betreuungsqualität in den Horten leiden. Deshalb lehnen wir dieses Postulat ab.

Weitere Wortmeldungen:

Renate Fischer (SP): Als ich vor zwanzig Jahren in der Kreisschulpflege angefangen habe, sagte man mir, dass Schule und Hort noch zusammenwachsen müssten. Die Horte gehören mittlerweile zu den Schuleinheiten. Die Arbeitszeiten des Hortpersonals sind auf die Betreuung ausserhalb des Unterrichts ausgerichtet. Die Kinder werden zu diesen Zeiten betreut: von 7 bis kurz nach 8 Uhr in der Früh im Morgenhort. Während der Mittagspause von etwa 12 bis 13.30 Uhr. Nach dem Unterricht ab etwa 15.30 bis 18 Uhr. In der Zeit zwischen 13.30 und 15.30 Uhr sind nur jene Kinder im Hort, die keinen Unterricht haben. Man kann diesen Zustand aus finanziellen Gründen kritisieren oder die Anzahl der Betreuungspersonen, wie es Yasmine Bourgeois (FDP) macht. Man kann aber auch die Arbeitszeiten des Hortpersonals kritisieren. Wegen dieser zersplitterten Betreuungsstunden sind viele Hortangestellten in kleinen Pensen Teilzeit beschäftigt, wie es Dr. Balz Bürgisser (Grüne) bereits erwähnt hat, und diese Pensen sind häufig auf mehrere Tage aufgeteilt. Der Einsatz der Betreuungspersonen als Klassenassistenten könnte auch dazu beitragen, attraktivere Stellen mit grösseren Pensen zu schaffen. Im Moment machen das die verschiedenen Verfügungen mit unterschiedlichen Löhnen eher kompliziert. In diesem Bereich sind Schule und Hort auch nach zwanzig Jahren noch nicht zusammengewachsen. Wir sind der Meinung, dass hier noch Verbesserungspotenzial vorhanden ist und stimmen aus diesen Gründen dem Postulat zu. Eine Verschlechterung des Betreuungsschlüssels im Hort, wie es Antrag 099. erfordert, lehnt die SP ab.

Severin Pflüger (FDP): Dr. Balz Bürgisser (Grüne): wer in den Schulen die Arbeit betrachtet, sieht, dass die Ressourcen nicht optimal eingesetzt werden. Hier geht es nicht darum, Geld in der Bildung zu sparen, sondern das eingesetzte Geld effizient zu verwenden. Es ist nicht effizient eingesetzt, wenn die Fachperson Betreuung mit dem höheren Lohn Kaffee trinkt und jeden Tag aufs Neue das gleiche pädagogische Konzept an den Teamsitzungen erläutert und nebenan die weniger gut ausgebildete Klassenassistentin mit weniger Lohn die Arbeit erledigen muss. Es wäre vernünftiger, wenn die gut ausgebildete Person im Hort nebenan die Klassenassistentin übernimmt. Das würde für diese Leute auch attraktivere, weniger zerstückelte Pensen schaffen. Dies würde einen Vollzeitlohn in diesem Beruf ermöglichen um damit eine Familie ernähren zu können. Aber dafür müssen Hort und Schule effektiv zusammenwachsen und das können wir nur erreichen, wenn wir die entsprechend ausgebildeten Leute auch in den Klassen einsetzen können. Es geht aber auch darum, weniger verschiedene und vor allem weniger häufig wechselnde Personen in den Klassen zu haben, um in den Schulen eine Konstanz an Bezugspersonen für die Kinder zu schaffen. Das Ziel muss wieder lauten: Lesen, Schreiben, Rechnen und diese Grundfähigkeiten allen Kindern im ganzen Lebensraum Schule zu vermitteln. Die SP hat dies offenbar erkannt und ich bin deshalb sehr

froh um ihre Unterstützung für unser Postulat.

Isabel Garcia (GLP): Wir unterstützen sowohl das Postulat als auch den Antrag. Ich fasse nochmals zusammen, was insbesondere von Severin Pflüger (FDP) bereits gesagt wurde. Für den Schulerfolg sind verschieden Punkte entscheidend: So wenig wie möglich und konstante Ansprechpersonen für die Kinder – dazu sollte endlich eine Studie durchgeführt werden, die die betroffenen Kinder und Jugendliche befragt und nicht nur Erwachsene. Weiter müssen Unterricht und Betreuung endlich zusammenwachsen, wie es Renate Fischer (SP) bereits erwähnt hat. Sowohl Postulat als auch Budgetantrag sind ein wesentlicher Schritt auf dem Weg, den wir gehen wollen – und natürlich für einen optimalen Ressourceneinsatz. Wir wissen alle, dass die Schweiz ein durchaus teures Bildungssystem hat. Bildung soll nicht billig sein, aber vieles läuft bei uns sehr ineffizient.

Stefan Urech (SVP): Walter Angst (AL) hat mit seinem Rundumschlag eine Bildungsdebatte lanciert. Erst war ich wütend darüber, aber nun muss ich schmunzeln, dass uns ausgerechnet jene Seite vorwirft, die Bildung kaputt zu sparen, die mit ihren linken und neupädagogischen Methoden die schlechten PISA-Resultate verantwortet. Es heisst, auf die schlechten PISA-Resultate müsse man mit noch mehr vom Gleichen reagieren und hoffen, dass es dann gut kommt. Die Schweizer Resultate zeigen Interessantes. In Basel zeigt sich, dass die linke Stadt mit diesen Unterrichtsformen in allen Bereichen deutlich gegenüber dem Land-Kanton abfällt. Sie sagen, wer in die Schule hineinhört, hört, dass es mehr Geld braucht. Aber das stimmt nicht. Man hört vor allem, dass das Auflösen der Sonderschulen ein Fehler war und dass sich alle wünschen, man hätte dies nicht getan. Leider wird das nur hinter vorgehaltener Hand gesagt, weil die Chefs meistens in der Partei sind, die diese Entwicklung damals vorangetrieben hat. Es wurde mehrmals erwähnt, dass die Klassenassistenzen sehr wichtig seien. Das stimmt: In der Art von Schule, die Sie heute zugerichtet haben, braucht es diese Klassenassistenzen. Sie haben die Sonderschulen in die Regelklassen integriert. Sie haben die Schulniveaus dermassen durchmischt, dass in einem Klassenzimmer einer sitzt, der sich auf eine Gymiprüfung vorbereitet und ein anderer, der in eine Sonderklasse gehört. Es gibt kein Lehrer und keine Lehrerin auf dieser Welt, die eine Lektion so vorbereiten kann, dass sie beiden gleich gerecht werden kann, wie wenn diese in getrennten Klassen unterrichtet werden würden. In diesem System brauchen Sie noch vier, fünf weitere Assistenzen, um allen gerecht zu werden. Würden wir wieder zu den getrennten Niveaus zurückgehen, dann bräuchte es all diese Klassenassistenzen gar nicht mehr. Ich habe in Zürich von Schulhäusern gehört, die so genannte Lernförderzentren oder Lerninseln eingerichtet haben. Dabei handelt es sich um Zimmer im Schulhaus, in die man Störenfriede oder Schüler, die Hilfe brauchen, mit einem Ticket schicken kann. Dort sitzen all diese Klassenassistenzen und Heilpädagogen in einem Raum und empfangen diesen Schüler, um ihn dort zu betreuen. Und wissen Sie, warum diese Lerninseln eingeführt wurden? Weil die Realität zeigt, dass dieser Wunschtraum einer superintegrativen Schule nicht funktioniert – so führt man durch die Hintertüre die Sonderklassen wieder ein. Ich finde das gar nicht schlecht, da der gemeinsame Unterricht zwar häufig funktioniert, aber wenn es dann nicht geht, kann man diese Schüler in eine Lerninsel schicken. Es ist ein schlechter Witz, dass uns jene vorwerfen, die Schule kaputt zu machen, die eine Pornokompetenz an den Schulen, mehr Waldunterricht und CO₂-Zeugs wünschen.

Yasmine Bourgeois (FDP): Ich möchte nochmals betonen, dass es auch uns wirklich um die Qualitätssicherung in der Schule geht. Diese Qualität ist heute ganz klar nicht vorhanden. Dr. Balz Bürgisser (Grüne) und Walter Angst (AL): Die Schule ist überlastet. Würdet ihr richtig in die Schulen hineinhorchen, dann klingt es anders, als ihr es euch mit eurem integrativen Schulsystem erträumt. Wir wollen die Klassenassistenzen mit diesem Antrag gar nicht abschaffen, sondern sie durch Betreuungspersonal ersetzen.

Das machen wir, obwohl wir es eigentlich gleich sehen wie die SVP: Ohne das integrative Modell bräuchte es die Assistenzen eigentlich gar nicht. Im Moment gibt es dermassen viele Bezugspersonen, dass die Kinder gar nicht mehr wissen, an wen sie sich wenden sollen. Ich frage mich, warum die Betreuung der Kinder leiden soll, wenn man doch Betreuungspersonen angestellt hat, die eigentlich während dieser Zeit eingesetzt werden sollten. Ich frage mich auch, was es ausser Qualität sein soll, wenn man diese Betreuungspersonen einsetzt, die die Kinder schon viel besser kennen. Da ist doch nichts Falsches dran. Ich danke den anderen Parteien für die Unterstützung.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

STR Filippo Leutenegger: *Wir haben tatsächlich ein Problem mit den Klassenassistenten. Die Situation ist vor allem im Kindergarten schwierig, wo die Kinder noch ganz jung sind. Die Kindergärtnerinnen – es sind meistens Frauen – sind wirklich am Anschlag. Auch in der Unterstufe gibt es dieses Bedürfnis, wenn auch nicht ganz so stark wie im Kindergartenbereich. Bei der Betreuung gibt es tatsächlich das Problem, dass die Betreuungspersonen über Mittag tendenziell überlastet und am Vormittag und zum Teil am Nachmittag weniger gefordert sind. Der dritte Befund ist, dass die zerstückelten Kleinpensen zur unbefriedigenden Betreuungssituation beitragen und für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wenig attraktiv sind. Wir hätten nun die Gelegenheit, diese Aspekte zu kombinieren. Ein Teil der Betreuungspersonen könnten auch als Klassenassistenten arbeiten – so dass es Einsätze gibt, bei denen jemand zum Beispiel um 8 Uhr beginnt und um 13.30 Uhr wieder aufhört, wenn der Unterricht wieder beginnt. Ich wäre darum froh, wenn das Postulat durchkommt. Wir sind am Thema dran und müssen es auch bearbeiten, denn diese Zerstückelungen – etwa ein 40-Prozent-Pensum, verteilt auf vier oder fünf Tage – gehen weder für die Kinder auf, noch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Könnte man diese Ressourcen – die wir dann wahrscheinlich noch aufstocken müssen – zusammenführen, hätte man für alle Seiten etwas Gutes erreicht. Es bestehen aber Schwierigkeiten: So haben wir unterschiedliche Systeme, bei denen eine Betreuungsperson besser bezahlt wird als eine Klassenassistentin in der Schule. Das sind komische Situationen, die mit Verantwortlichkeit und der Bewertung von Arbeit und Erfahrung zu tun haben. Yasmine Bourgeois (FDP) sagt es richtig: Die Betreuung ist noch immer zu sehr von der Schule separiert und die Schule kann sie nicht integrieren. Wir sind dabei, für die Schülerinnen und Schüler Blockzeiten zu schaffen, da kann es doch nicht sein, dass wir für die Betreuungspersonen derart zerstückelte Pensen haben. Wir müssen das besser verbinden, aber es wird eine schwierige Aufgabe.*

S. 324 50
5010
3010 00 000

SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT
Schulamt
Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
099. Antrag Stadtrat			197 809 400 Mehrheit 4 647 100 N	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
	750 000		201 706 500 Minderheit 1	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Roberto Bertozzi (SVP)
	3 000 000		199 456 500 Minderheit 2	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Shaibal Roy (GLP)
			Abwesend	Alan David Sangines (SP)

Begründung: SVP: Kein Zuwachs FABE um 8,9 Stellen. Kein Zuwachs FABE-Assistenz um 8,1 Stellen;
FDP/GLP: Erhöhung der Anzahl betreuter Schülerinnen und Schüler (SuS) von 9,1 SuS pro Betreuungsperson auf mindestens 10 SuS pro Betreuungsperson. Auf Konto 3010 00 000 Transfer von Fr. 3 Mio. von Betreuung zur Schule für Einsatz der Betreuungspersonen, welche während den weniger ausgelasteten Stunden als Klassenassistenzen eingesetzt werden

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(202 456 500)	66 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(201 706 500)	17 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(199 456 500)	<u>36 Stimmen</u>
Total		119 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

2034. 2019/510

**Postulat von Yasmine Bourgeois (FDP), Christian Huser (FDP) und 6 Mitunterzeichnenden vom 27.11.2019:
Einsätze von Betreuungspersonen als Klassenassistenzen bei geringerer Auslastung**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Yasmine Bourgeois (FDP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 1943/2019).

Dr. Balz Bürgisser (Grüne) stellt namens der Grüne-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Schul- und Sportdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2019/388, Beschluss-Nr. 2020/2019, Antrag Nr. 099.

Das Postulat wird mit 105 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 109.

Der Antrag 109. wird neu nach Antrag 100. behandelt.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Stefan Urech (SVP): Die wuchtige Überweisung des Postulats erleichtert mir die Präsentation dieses Antrags. Er fordert, dass man auf einige Klassenassistenzen verzichtet und die Betreuungspersonen einsetzt, die sowieso schon vor Ort sind. Die restliche Argumentation habe ich bereits bei den vorhergehenden Anträgen präsentiert. Ich möchte aber noch einmal festhalten, dass nicht eine einzige Lehrerstelle gestrichen werden soll, die Deutsch, Englisch, Mathematik, Geschichte und so weiter unterrichtet. Es geht um die Folgekosten der Niveaudurchmischung und des integrativen Modells, das offensichtlich nicht funktioniert. Die Folgekosten sollen den nötigen Schub verleihen, um wieder von diesen Methoden abzukommen und zurückzufinden zu den getrennten Niveaus und den Sonderschulen.

Walter Angst (AL): In der RPK war nie genau ersichtlich, woher die acht Millionen Franken kommen. Stammen sie von Hintergrundgesprächen zwischen FDP, SVP oder irgendwelchen Schulvorständen? Der Betrag ist ein reiner Hüftschuss. Er umfasst wahrscheinlich 80 bis 90 Stellen, die man in der Betreuung braucht. Dieser Antrag würde die Schule in die Bredouille bringen und die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass man dies ablehnen sollte.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Stefan Urech (SVP) führte vorher einmal mehr eine Spitze gegen die integrative Förderung und es ist mir ein Anliegen darauf zu antworten. Es gibt Kinder, die nicht in den Regelklassen unterrichtet werden können. Für diese gibt es Sonderschulen – zum Beispiel die Heilpädagogische Schule Zürich oder die städtische Schule für Sehbehinderte. Wann immer möglich, sollte ein Kind mit besonderem Förderbedarf in der Regelklasse unterrichtet werden. Das hat für das Kind einige Vorteile: Es ist motivierter und lernt besser. Die Vorteile der integrativen Förderung werden durch zahlreiche Studien belegt. In all diesen Untersuchungen konnte kein nachteiliger Effekt auf die Mitschülerinnen und Mitschüler in integrativ geführten Klassen nachgewiesen werden. Untersucht wurden dabei Regelklassenschülerinnen und -schüler mit hoher Leistung und solche mit tiefer Leistung. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind übereinstimmend: Die Leistungsentwicklung ist bei Regelschülerinnen und -schülern in integrativen Klassen gleich wie in nicht-integrativen Klassen. Die integrative Förderung ist also grundsätzlich eine gute Sache. Für die Lehrpersonen – und da gebe ich Stefan Urech (SVP) recht – ist sie eine Herausforderung. Die enge Zusammenarbeit der schulischen Heilpädagoginnen und Heilpädagogen ist für eine gelingende Integration wichtig. Also sind genügend personelle Ressourcen im Bereich der integrativen Förderung notwendig.

S. 324 **50** **SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT**
5010 **Schulamt**
3010 00 000 **Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
109.	Antrag Stadtrat			197 809 400 Mehrheit 4 647 100 N	Walter Angst (AL) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		8 000 000		194 456 500 Minderheit	Susanne Brunner (SVP) Referentin, Roberto Bertozzi (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Weniger Klassenassistenzen, dafür Betreuungsangestellte in den weniger ausgelasteten Zeiten einsetzen (unter anderem auch besserer Bezug zu den Kindern, da sie sie bereits kennen). Zudem auf Lernförderzentren setzen.			

Stefan Urech (SVP) stellt den Antrag der Minderheit neu auf Konto Nr. 3010 00 000, Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals.

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 101. bis 105.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Es geht weiter mit der schulischen Integration. Ich möchte vorausschicken, dass ich als Primarlehrerin über mehr Erfahrungen mit der integrativen Förderung verfüge als der Gymnasiallehrer Dr. Balz Bürgisser (Grüne). Die unhinterfragte Integration bringt viele Probleme mit sich. Kurz gesagt bringt sie viel Aufwand bei wenig Output. Während früher niveaugerecht unterrichtet wurde, findet heute eine Gleichmacherei statt. Wir merken, dass die Integration aller Kinder – also auch von solchen, die dem Regelunterricht nicht folgen können – zum Scheitern verurteilt ist. Die PISA-Studie untermauert das. Dies betrifft Lernwillige, die an das Gymnasium möchten; Schwächere Kinder, die auch mit erheblichen Bemühungen kaum durchschnittliche Leistungen erreichen; Lethargische Schüler, denen alles egal ist; und leider auch notorische Störenfriede, die den anderen tagtäglich das Leben sauer machen. Um diese Fehlentwicklung zu korrigieren, sind diverse Massnahmen ergriffen worden. Wir stützen das System mit Klassenassistenzen, Zivildienstleistenden, Sozialarbeitern, Heilpädagogen und diversen Therapierenden. Das Resultat der ganzen Übung: Die Schwächeren merken, dass sie nie das gleiche Niveau wie die anderen erreichen werden, sind dementsprechend demotiviert und klinken sich aus. Die Probleme werden grösser und es braucht also noch mehr Therapiepersonal. Die mittelmässigen und starken Kinder bleiben auf der Strecke oder werden in ihrem Lernen behindert, weil in der lärmigen Situation die Konzentration erschwert wird. Zudem haben die Kinder zu viele Bezugspersonen, wie ich bereits in meinem Votum zum Postulat 2019/510 gesagt habe. Das Absurdeste ist dabei wohl, dass wir die Schwächsten integrieren und die Begabtesten wieder herausnehmen, damit diese entsprechend gefördert werden können. Erfahrene Sonderpädagogen erzählen mir, dass diejenigen Kinder, die erst in die Regelklassen integriert

wurden, um dann doch in die Sonderklasse versetzt zu werden, weil es nicht funktionierte, ein grosses Defizit aufweisen gegenüber jenen, die von Anfang an in Sonderklassen waren. In der Regelklasse können solche Kinder nicht adäquat gefördert werden – und die anderen schlussendlich auch nicht mehr. Dort beginnt die Chancenungleichheit: Die Besserverdienenden kaufen ihre Kinder in der Folge aus diesem absurden System heraus. Die Privatschulquote des Züribergs von über 17 Prozent spricht Bände. Für ein System, das nicht funktioniert und allen schadet, wollen wir keine zusätzlichen Mittel. Wir beantragen deshalb die Streichung des Beitrags an dieses Projekt.

Walter Angst (AL): Mit diesem programmatischen Budgetantrag habe ich meine liebe Mühe. Es handelt sich um einen von dreien. Man will anschliessend noch Fördermittel in der Höhe von 1,6 Millionen Franken streichen und in den sozialen Diensten weitere 500 000 Franken bei den Schulsozialarbeiterinnen. Diese drei Elemente sind durch den Paradigmenwechsel zur integrativen Schule zwingend notwendig geworden – neben vielem anderen. Wir sagen nicht, dass dieser Paradigmenwechsel nicht diskutiert werden darf, aber es ist fahrlässig, im Budget dem System Schule Mittel im Umfang von etwa 6 Millionen Franken zu entziehen, die genau in diesen Bereich gehen. Das ist, wie wenn man alle Rotlichter im Strassenverkehr entfernt, damit alle aufeinander losfahren. Damit hätte man den Beweis, dass es nicht funktioniert und könnte sagen, dies sei die Schuld der integrativen Förderung. Wenn ihr dort einen Schritt zurückmachen wollt, dann nutzt eure Position im Kantonsrat. Darum empfiehlt ihnen die RPK mehrheitlich, die Mittel nicht zu streichen. Ich muss schmunzeln, wenn Sie sagen, die Eltern am Züriberg würden ihre Schüler wieder zurück in die Volksschule schicken, wenn wir alle Kinder mit Förderbedarf aus den Regelklassen nehmen und in ein Spezialschulhaus stecken. Diese Behauptung wird sicher nicht eintreten, denn deren Nutzung von Privatschulen haben andere Gründe, wie etwa der gesteigerte Leistungszwang innerhalb der Gesellschaft, von dem gerade die Leute auf dem Züriberg besonders betroffen sind. Um diesen Prozess zu ändern braucht es andere gesellschaftliche Reformen als die Integrationskraft der Schule zu liquidieren.

Weitere Wortmeldungen:

Ernst Danner (EVP): In dieser Budgetdebatte haben wir uns mit Voten zurückgehalten, weil vieles von Anderen gesagt wurde. Wir möchten nun aber begründen, warum wir bei diesen Kürzungsanträgen mitmachen werden: Das hat mit dem Debakel der Integrierten Schule zu tun. Vor zwölf Jahren erhielt ich einen Telefonanruf vom Leiter des Projekts für integrative Förderung, der mir einen riesigen und vehementen Vortrag darüber hielt, wie der Nutzen der integrativen Förderung erwiesen, die Schule für die Lehrer tragbar und für die guten Schüler nicht zum Nachteil sei. Wir haben nun etwa acht bis zehn Jahre Erfahrung, und wissen, dass das einfach nicht stimmt. Das ist, wie wenn man einen neuen Software-Release auf fünf Computern testet, es anschliessend auf einer Milliarde Windows-Rechnern ausspielt und es führt zu jeder Menge Abstürzen und Fehlern. Ich habe in meinem persönlichen Umfeld genügend Leute – Primar- und Sekundarlehrer – die sagen: Das sind Illusionen, diese Schule ist wie ein Ackergaul, den man immer mehr belastet bis er zusammenbricht. Die Signale aus der Schule müssen ernst genommen werden, darum stimmen wir den Anträgen zu.

Stefan Urech (SVP): Den Vertretern der integrativen Förderung geht es um eine Stigmatisierung der Gegner wie mich. Sie sagen, wenn man die Sonderschüler in Sonderklassen platziert, werden sie stigmatisiert. Wer das behauptet, hat die Verbindung zur Realität in den Schulzimmern verloren. Dort sitzt eine Klassenassistentin neben solchen Schülern, die häufig an einzelnen Tischen sitzen, weil es anders gar nicht geht. Stigmatisiert werden schwächere Schüler, die eigentlich Sonderschüler sein müssten, auch in

den Regelklassen – für alle tagtäglich sichtbar. Ein weiterer Grund, warum ihr für die integrative Förderung seid, erkennt man am Sammelsurium der verschiedenen Konten: Es gibt nämlich ganz viel Arbeit für euer Klientel. Es gibt Weiterbildungen, externe Gutachten, Fachexperten und sogar Reise- und Spesenkosten für dieses Projekt. Die integrative Förderung ist ein grosser Markt, an dem sich viele beteiligen möchten. Am Ende des Tages findet aber eine Nivellierung nach unten statt. Die Eltern stimmen vermehrt mit den Füßen ab und das sollte Sie auch beunruhigen. Im Kanton Zürich hat sich der prozentuale Anteil jener verdoppelt, die ihre Kinder an Privatschulen schicken. Hinter vorgehaltener Hand sagt man auch bei uns im Kreis 4 oder 5: Wenn mein Kind die Gymiprüfung verpasst, schicke ich es nicht in eine durchmischte, integrative Schule, sondern dann geht es an eine Privatschule.

Isabel Garcia (GLP): Die GLP stellt die integrative Förderung nicht per se in Frage. Die Stadt kann diese integrative Förderung auch gar nicht in Frage stellen, da dies auf der kantonalen Ebene geregelt ist. Es geht hier um eine Studie der Pädagogischen Hochschule, bei der die Stadt mitgemacht hat. Wenn man sich dem hehren Ziel der integrativen Förderung verschreibt, was wir hier mehrheitlich tun, dann sollte das doch auch von der Pädagogischen Hochschule wissenschaftlich begleitet werden, um Erkenntnisse daraus zu beziehen. Die GLP sieht darum keinen Grund, sich an den Streichungen zu beteiligen. Unser Ziel ist es, die Kinder nicht mit einem Wanderzirkus zu konfrontieren, in dem sie zwischen Hort, Mittagstisch, Morgentisch, Abendtisch und Unterricht hin und her pendeln müssen und mit neuen Personen konfrontiert werden, bis sie nicht mehr wissen, wo ihnen der Kopf steht. Wir sind deshalb auch Unterstützer der Tagesschule in jeder Form und jeder Schritt in diese Richtung ist wichtig und gut – auch, um Ressourcen effizient einzusetzen.

Dr. Balz Bürgisser (Grüne): Zuerst möchte ich eine Zahl korrigieren. Gemäss dem letzten Bericht des Schulamts der Stadt Zürich, ist der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die Privatschulen besuchen, in den letzten Jahren konstant geblieben. Dies spricht für die Qualität der Volksschule in der Stadt Zürich. Grundsätzlich festzuhalten ist, dass alle Bildungsstufen im Kanton Zürich eine Fülle an neuen Aufgaben übernommen haben. Die integrative Förderung möchte ich nicht mehr erwähnen; da sind wir offensichtlich unterschiedlicher Meinung. Aber daneben wurde der Lehrplan 21 eingeführt mit dem neuen Fach Medien und Informatik. Als Auswirkung davon wird die Digitalisierung des Unterrichts in der Volksschule beschleunigt. Der neudefinierte Berufsauftrag für Lehrpersonen wird umgesetzt. Die Realisierung des Projekts Tagesschule 2025 beschäftigt zurzeit 30 Schulen in der Stadt Zürich intensiv. Die sinnvollen Reformen fordern die Lehrpersonen und bringen einige an ihre Belastungsgrenzen. Auch die Betreuungspersonen sind mit Herausforderungen konfrontiert: Ein neuer Betreuungsschlüssel wurde eingeführt, der den Horten weniger personelle Ressourcen zuteilt. Dies geschieht alles vor dem Hintergrund stark wachsender Schülerzahlen in der Stadt Zürich. Diese Zunahme beträgt jährlich über 1000 Schülerinnen und Schüler und wird in den nächsten Jahren so fortgesetzt. Folglich wird der Raum für Unterricht und Betreuung immer knapper. In dieser Situation der Volksschule Ressourcen zu entziehen, wie das gewisse Budgetanträge verlangen, ist Unfug. Das Gegenteil ist nötig: Wir brauchen eine Bildungsoffensive. Bildung ist der Schlüssel zu einer erfolgreichen Zukunft. Darum rufen wir Grünen dazu auf, gezielt in die Volksschule zu investieren.

Dr. Jean-Daniel Strub (SP): Offensichtlich sind diese Anträge solche des Unmuts. Bei Anträgen des Unmuts stellt sich die Frage, was man mit Unmut in der Stadt macht, wenn man kantonale Vorgaben vollziehen muss. Es ist sehr klar aus der Debatte herausgegangen, dass es der falscheste Weg ist, der Schule in so einer Situation Ressourcen zu entziehen. Wenn man das auf der Grundlage einer schnell in den Raum gestell-

ten, nicht hinterfragten Zahl macht, ist das besonders prekär. Die Behauptung, es würden immer mehr Schülerinnen und Schüler Privatschulen besuchen stimmt für die Stadt Zürich nicht und es stimmt auch für den Kanton nicht. Diese Zahl nimmt sogar ganz leicht ab. Ich bin von der Haltung der EVP enttäuscht – deren Zustimmung ist für mich Trittbrettfahrer-Verhalten. Ihr wisst, dass der Antrag keine Mehrheit hat, also kann man in dieser Unmutsbekundung mitmachen. Wenn man an der Situation etwas ändern will, muss man sie auf kantonaler Ebene angehen und nicht einfach in der Stadt Zürich von heute auf morgen die Ressourcen herunterfahren.

S. 324	50 5010 3010 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
101.	Antrag Stadtrat			197 809 400 Mehrheit 4 647 100 N	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		2 758 300		199 698 200 Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Re- ferent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Streichen der Beträge für das Projekt Stärkung der Integrationskraft der Stadtzürcher Schulen. Keine weiteren Stützmassnahmen für die Integra- tion. Reduzieren der unhinterfragten Integration, welche eine adäquate Förderung der Schülerinnen und Schüler verhindert		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 102.

Wortmeldungen siehe Antrag 101.

S. 324	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3020 00 000	Löhne der Lehrpersonen				
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag		Stimmen
102.	Antrag Stadtrat			75 597 000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)

5 000	75 592 000	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
		Abwesend	Alan David Sangines (SP)
Begründung: Streichen der Beträge für das Projekt Stärkung der Integrationskraft der Stadtzürcher Schulen. Keine weiteren Stützmassnahmen für die Integration. Reduzieren der unhinterfragten Integration, welche eine adäquate Förderung der Schülerinnen und Schüler verhindert			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 103.

Wortmeldungen siehe Antrag 101.

S. 325	50 5010 3090 00 000	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT Schulamt Aus- und Weiterbildung des Personals			
		Verbesserung	Verschlech- terung	Betrag	Stimmen
103.	Antrag Stadtrat			3 107 900 2 000 N	Mehrheit
		135 000		2 974 900	Minderheit
					Abwesend
					Alan David Sangines (SP)
		Begründung:	Streichen der Beträge für das Projekt Stärkung der Integrationskraft der Stadtzürcher Schulen. Keine weiteren Stützmassnahmen für die Integra- tion. Reduzieren der unhinterfragten Integration, welche eine adäquate Förderung der Schülerinnen und Schüler verhindert		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 104.

Wortmeldungen siehe Antrag 101.

S. 326	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT		
	5010	Schulamt		
	3132 00 000	Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.		
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag

104.	Antrag Stadtrat		1 264 700	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		137 300	1 127 400	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Streichen der Beträge für das Projekt Stärkung der Integrationskraft der Stadtzürcher Schulen. Keine weiteren Stützmassnahmen für die Integration. Reduzieren der unhinterfragten Integration, welche eine adäquate Förderung der Schülerinnen und Schüler verhindert			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 105.

Wortmeldungen siehe Antrag 101.

S. 327	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT			
	5010	Schulamt			
	3170 00 000	Reisekosten und Spesen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
105.	Antrag Stadtrat			979 400	Mehrheit
					Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
		2 700		976 700	Minderheit
					Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
				Abwesend	Alan David Sangines (SP)
Begründung:		Streichen der Beträge für das Projekt Stärkung der Integrationskraft der Städtzürcher Schulen. Keine weiteren Stützmassnahmen für die Integration. Reduzieren der unhinterfragten Integration, welche eine adäquate Förderung der Schülerinnen und Schüler verhindert			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 106.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Yasmine Bourgeois (FDP): Betrachtet man die Kostenentwicklung im Förderbereich der Volksschule je einzelnen Schüler, dann sieht man in einigen Bereichen eine Steigerung von mehr als zehn Prozent. Diese Steigerung ist auf die integrative Förderung zurückzuführen – insbesondere im Bereich Kindergarten. Letztes Jahr kostete diese 712

Franken pro Schüler und dieses Jahr deutlich über zehn Prozent mehr, nämlich 827 Franken pro Schüler. Das kann doch nicht sein. Wir beantragen darum eine Reduktion von 800 000 Franken im Förderbereich Kindergarten und 800 000 Franken im Förderbereich Therapien, wo die Kosten pro Kind ebenfalls fast um zehn Prozent zugenommen haben. Bei den Therapien muss mit der heutigen Handhabung fast jedes Kind irgendwann einmal eine Abklärung oder eine Therapie über sich ergehen lassen. Diese Übertherapierung finden wir falsch. Diese Therapien finden meistens während der regulären Unterrichtszeiten statt, so verpassen diese Kinder wertvolle Unterrichtszeit. Zudem ist es für viele Lehrerinnen und Lehrer bequem, gewisse Problemchen auf die Therapeuten abzuwälzen. Durch die unhinterfragte schulische Integration werden Lehrerinnen und Lehrer schliesslich mit vielen Aufgaben konfrontiert, die nicht in ihren Aufgabenbereich gehören. Es werden auch umso mehr Therapien verordnet, je mehr Fälle wir integrieren, die eigentlich nicht in die Regelklassen gehören. Ich gebe der linken Ratsseite recht, dass wir eine Bildungsoffensive brauchen, aber wir sollten sicher nicht noch mehr Mittel in ein System pumpen, das nicht funktioniert und auch nicht funktionieren wird.

Walter Angst (AL): Auch hier ist die Mehrheit der Meinung, dass es nicht sinnvoll ist, über die Budgetdebatte die Zuteilungsmechanismen nach unten hin anzupassen. Ich habe ein wenig Verständnis für das Vorgehen, da vor zwei Jahren in der Budgetberatung ein Postulat eingereicht wurde, die Zuteilungskriterien zu überprüfen und wie man zukünftiges Stellenwachstum vermindern könnte – und wie man grössere Pensen schaffen und die Anzahl Leute pro Klasse reduzieren könnte. Man stellte eine Frage und es wurde die Antwort gegeben, man wolle den Gesamtgemeinderat als erstes informieren – das wäre dann im März oder April. Das ist ein Treppenwitz, den das Schulamt da bietet.

Weitere Wortmeldung:

Isabel Garcia (GLP): Wir wechseln von der Enthaltung in die Minderheit wegen des von Walter Angst (AL) erwähnten Postulats. Dabei handelt es sich um das Postulat 2017/441, das für uns den Rahmen darstellt. Hier geht es selbstverständlich nicht um Kürzungen oder um das Infragestellen von Fördermassnahmen für Kinder und Jugendliche, die klare psychiatrische oder medizinische Diagnosen haben. Es geht um den Graubereich der Postulatsantwort, die sich offenbar in einer mysteriösen Zwischenablage befindet, uns aber hoffentlich noch genügend aufklären wird.

S. 324 **50** **SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT**
 5010 **Schulamt**
 3020 00 000 **Löhne der Lehrpersonen**

		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag		Stimmen
106.	Antrag Stadtrat			75 597 000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Florian Utz (SP)
		1 600 000		73 997 000	Minderheit	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Roberto Bertozzi (SVP), Susanne Brunner (SVP)
					Enthaltung	Shaibal Roy (GLP)
					Abwesend	Alan David Sangines (SP)
	Begründung:	Im Förderbereich Kindergarten Verbesserung um Fr. 800 000, im Förderbereich Therapien ebenfalls Verbesserung um Fr. 800 000. Keine weitere Kostensteigerung pro Schülerinnen und Schüler (SuS) infolge des integrativen Schulmodells				

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 67 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 83, Beschluss-Nr. 2020/2019).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

2035. 2019/553

Globalbudgetantrag von Roger Tognella (FDP), Sebastian Vogel (FDP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 13.12.2019:

Globalbudget Grün Stadt Zürich, Einführung einer Steuerungsgrösse betreffend Anteil Fremdaufträge für die Flächenbewirtschaftung

Von Roger Tognella (FDP), Sebastian Vogel (FDP) und 4 Mitunterzeichnenden ist am 13. Dezember 2019 folgender Globalbudgetantrag eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Globalbudget Grün Stadt Zürich, Produktgruppe 1 Park und Grünanlagen weitere Freiräume, eine neue Steuerungsgrösse eingerichtet werden kann, welche den Anteil Fremdaufträge für die Flächenbewirtschaftung auf 60% festlegt.

Begründung:

Mit der Präsentation zum Globalbudget 2020 hat Grün Stadt Zürich in einer Tabelle aufgezeigt, dass seit 2013 schrittweise Flächen mit Dienstleistungsvereinbarungen von verschiedenen Dienstabteilungen zur Bewirtschaftung durch Grün Stadt Zürich übernommen wurden.

Viele dieser, mit den DLV's in die Bewirtschaftung übernommenen Flächen, wurden vor Übernahme durch Grün Stadt Zürich durch KMU's, klassische Gartenbaubetriebe, im Auftrag der Stadt Zürich gepflegt. Mit der Übernahme durch Grün Stadt Zürich ist der Anteil dieser Fremdleistungen spürbar für das Gewerbe zurück gegangen.

Mit Einführung einer neuen Steuerungsgrösse wird sichergestellt, dass weiterhin Aufträge an lokale KMU's und Ausbildungsbetriebe vergeben werden, ohne dass der geforderten Qualität der Bewirtschaftung Einbusen entstehen.

Grün Stadt Zürich legt die qualitativen Merkmale der Flächenbewirtschaftung fest, soll jedoch mindestens 60% des Gesamtvolumens als Auftrag im Markt an lokale Unternehmen vergeben.

Mitteilung an den Stadtrat

Der Globalbudgetantrag wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

2036. 2019/554

Dringliche Schriftliche Anfrage von Patrik Maillard (AL), Andreas Kirstein (AL) und 33 Mitunterzeichnenden vom 13.12.2019:

Brand im Schulhaus Blumenfeld, Gründe für die rasche Ausbreitung des Brands und realisierte bauliche Massnahmen für eine Beschränkung solcher Brände sowie Auswirkungen des Brands auf die verschiedenen Nutzenden des Schulhauses und der Mehrzweckhalle

Von Patrik Maillard (AL), Andreas Kirstein (AL) und 33 Mitunterzeichnenden ist am 13. Dezember 2019 folgende Dringliche Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Am Donnerstag 28. November hat es im Schulhaus Blumenfeld gebrannt. Der Brand ist in einer Garderobe im oberen Stock ausgebrochen. Gemäss einer ersten Mitteilung der Feuerwehr hat sich der Brand wegen der Lüftung rasch ausgebreitet. Alle Klassenräume im ersten und zweiten Stock waren vom Brand betroffen und konnten nicht mehr genutzt werden. Der Unterricht musste verlegt, der Kindergarten geschlossen und die Betreuung in die Mehrzweckturnhalle verlegt werden. Gemäss aktuellen Informationen soll ab Montag 16. Dezember der Unterricht für den Kindergarten und die Unterstufe im unteren Stock wieder aufgenommen werden. Die Klassenzimmer im oberen Stock sind offenbar mindestens bis zu den Sportferien nicht benutzbar.

Im Zusammenhang mit dem Brand im Schulhaus Blumenfeld bitten wir um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Warum hat sich der Brand so schnell ausgebreitet? Warum sind alle Schulzimmer vom Brand betroffen? Wurde die Lüftung nicht unmittelbar nach der ersten Brandmeldung automatisch abgeschaltet? Waren die Türen der Klassenzimmer offen?
2. Welche baulichen Massnahmen sind beim Bau des Schulhauses Blumenfeld realisiert worden, um die Ausbreitung eines Brandes zu beschränken?
3. Bitte um detaillierte Informationen zum Ausmass der Schäden. Wie hoch sind die Kosten für die Instandstellung?
4. Welche Auswirkungen hatte und hat der Brand für die verschiedenen Nutzerinnen und Nutzer des Schulhauses Blumenfeld und der Mehrzweckhalle? Welche Provisorien mussten eingerichtet werden?
5. Trifft es zu, dass der Kindergarten geschlossen worden ist? Wieso konnte der Unterricht nicht an anderer Stelle weitergeführt werden?
6. Wie konnte die Betreuung aufrechterhalten werden? Welche Einschränkungen gab es? Müssen Eltern entschädigt werden?
7. Wie sind die Angestellten, die betroffenen Eltern sowie die Öffentlichkeit informiert worden?
8. Welche Konsequenzen werden aus dem Brand gezogen?

Mitteilung an den Stadtrat

2037. 2019/555

Schriftliche Anfrage von Marcel Tobler (SP) und Patrick Hadi Huber (SP) vom 13.12.2019:

Renovation der städtischen Wohnsiedlung Bullingerhof, Sanierungsbedarf der Gebäude und Auswirkungen des Bauprojekts auf die Bewohnerinnen und Bewohner, Aussenräume und Grünflächen sowie auf die Bevölkerungsstruktur im nahen Quartier und in den benachbarten Siedlungen

Von Marcel Tobler (SP) und Patrick Hadi Huber (SP) ist am 13. Dezember 2019 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Gemäss Stadtratsbeschluss und Medienmitteilung vom 13. November 2019 wird die städtische Wohnsiedlung Bullingerhof im Hardquartier in den nächsten Jahren renoviert und als mehrheitlich gebundene Ausgabe in stadträtlicher Kompetenz instandgesetzt. Der Bullingerhof, im Inventar der schutzwürdigen Bauten, ist die grösste Blockrand-Überbauung der Stadt Zürich mit heute gut 450 Personen in 224 Wohnungen, einem Kindergarten, dem Bullingertreff und weiteren Räumlichkeiten. Sie umfasst einen im Kreis 4 raren, wertvollen Grünraum mit grossen schattenspendenden Platanen. Monatlich findet dort ein beliebter Flohmarkt statt. Das Bauvorhaben hat Auswirkungen für viele Menschen, vor allem für die Bewohnerinnen und Bewohner, aber auch fürs Quartier. Am 4. November 2016 bewilligte der Stadtrat den Projektierungskredit und informierte die Öffentlichkeit nach unserer Kenntnis ein erstes Mal über das Renovationsprojekt. In der Folge war von Verunsicherungen bei den Betroffenen und von mangelhafter Informationspolitik von Seiten der Liegenschaftenverwaltung zu hören.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wann und wie wurden die betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner über das Bauvorhaben, die Zeitplanung, Umsiedlungsmöglichkeiten, die künftigen Mietpreise usw. informiert? Welche Lehren ziehen

die Liegenschaftenverwaltung und der Stadtrat aus den Informationsveranstaltungen und der allgemeinen Informationspolitik bei diesem Projekt?

2. Welche soziale Struktur in Bezug auf Alter, Einkommen, Gesundheit und Haushaltsgrössen weist die bisherige, angestammte Mieterschaft (mit unbefristeten Verträgen) auf? Welche Veränderungen erwartet der Stadtrat diesbezüglich nach dem Umbau?
3. Welchen Renovierungsbedarf weisen die Gebäude auf, was muss «instandgesetzt» werden und warum? Welche Grenzen setzt dabei der Denkmalschutz? Welche Kostenfaktoren gelten als gebundene Ausgaben, welche nicht?
4. Welche Veränderungen im Ausbaustandard (Energie-Standards, Heizungssystem, Wärmedämmung, Lüftung, Lärmschutz, Geräte in Küchen und Badezimmer, sanitäre Anlagen, Balkone, Lifte, rollstuhlgängig, altersgerecht usw.) weisen die Häuser und Wohnungen nach dem Umbau auf?
5. Wie gestalten sich die Mietpreise pro Wohnungsgrössen heute und nach dem Umbau (bitte um vollständige Übersicht aller Wohnungsgrössen)?
6. Wie ist das Bauvorhaben etappiert, in welchem Ablauf werden welche Gebäude der Siedlung saniert?
7. Wie und mit welcher Vorlaufzeit erfahren die Mieterinnen und Mieter, wann und wohin sie umziehen müssen? Wohin ziehen die Mieterinnen und Mieter (Bewohnerinnen und Bewohner, Kindergarten, etc.) während des Umbaus und für wie lange?
8. Wie unterstützt die Liegenschaftenverwaltung die Mieterinnen und Mieter beim Umzug, z.B. mit Beratung, Organisation, praktischer oder finanzieller Hilfe?
9. Können die Mieterinnen und Mieter danach aus von verschiedenen Wohnungen auswählen oder können sie nur in ihre frühere Wohnung zurückkommen? Gibt es Musterwohnungen zu besichtigen?
10. Mit welchen Aktivitäten fördert die Liegenschaftenverwaltung die Gemeinschaftsbildung und das Zusammenleben in den renovierten Häusern?
11. Wie viele Auto- und Velo-Parkplätze gehören heute und nach dem Umbau zur Siedlung? Sind Stromanschlüsse zum Aufladen von Elektrofahrzeugen vorgesehen?
12. Welche Auswirkung hat das Bauprojekt auf die Aussenräume und Grünflächen, insbesondere auf den Baumbestand, die Fusswege und die Bullingerwiese? Wie werden die Zugänge zur Bullingerwiese gestaltet; wie sehen sie nach dem Umbau aus?
13. Was geschieht mit dem Flohmarkt während Bauzeit und danach?
14. Betrachtet der Stadtrat die Instandstellung der Siedlung Bullingerhof im grösseren Zusammenhang mit benachbarten Siedlungen, insbesondere mit dem Neubau der städtischen Siedlung Hardau II? Welchen sozialräumlichen Impact hat die Aufwertung der Siedlung Bullingerhof auf die Umgebung? Welche Auswirkungen erwartet der Stadtrat auf die Bevölkerungsstruktur im nahen Quartier und in den benachbarten Siedlungen (Bullingerplatz-Umgebung, Agnesstrasse, Hardau, Hardstrasse)?
15. Welche Auswirkungen erwartet der Stadtrat auf die Bevölkerungsstruktur in den Siedlungen Bullingerhof und Hardau II, falls das Projekt Rosengarten-Tunnel und -Tram umgesetzt wird?

Mitteilung an den Stadtrat

Kenntnisnahmen

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 13. Dezember 2019, 21 Uhr.